

SR 3218

**Untersuchung und Umfragen zum
Umgang mit Betroffenen in Regionen
mit endlagerbezogenen Aktivitäten in
Deutschland**

**AS 3.2: Entwicklung von Handlungs-
strategien**

Darmstadt, 17.10.2011

Im Auftrag des

Bundesamtes für Strahlenschutz

**Öko-Institut e.V.
Büro Darmstadt**

Rheinstraße 95
D-64295 Darmstadt

Telefon +49 (0) 6151 - 8191 - 0

Fax +49 (0) 6151 - 8191 - 33

Geschäftsstelle Freiburg

Postfach 17 71
D-79017 Freiburg

Hausadresse

Merzhauser Straße 173
D-79100 Freiburg

Telefon +49 (0) 7 61 - 4 52 95-0

Fax +49 (0) 7 61 - 452 95-88

Büro Berlin

Schicklerstr. 5-7
D-10179 Berlin

Telefon +49 (0) 30 - 40 50 85-0

Fax +49 (0) 30 - 40 50 85-388

SR 3218

**Untersuchung und Umfragen zum
Umgang mit Betroffenen in Regionen
mit endlagerbezogenen Aktivitäten in
Deutschland**

AS 3.2: Entwicklung von Handlungsstrategien

Autoren:

Bettina Brohmann

Katja Hünecke

Beate Kallenbach-Herbert

Julia Neles

Der Bericht gibt die Meinung des Auftragnehmers wieder und muss nicht mit der Meinung des Auftraggebers (Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) übereinstimmen.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	3
1 Einleitung	7
2 Bewertungskriterien	10
3 Sachstand und Analyse von ausgewählten Themenfeldern	13
3.1 Information durch den Betreiber	13
3.1.1 Allgemeine Rahmenbedingungen / Anforderungen	13
3.1.2 Status Quo hinsichtlich Information	14
3.1.3 Analyse der Informationsmaßnahmen des BfS	16
3.2 Kommunikation / Kommunikationswege.....	25
3.2.1 Allgemeine Rahmenbedingungen / Anforderungen	25
3.2.2 Status Quo hinsichtlich Kommunikation.....	26
3.2.3 Analyse der Kommunikationsmaßnahmen des BfS.....	27
3.3 Partizipation / Austausch	31
3.3.1 Allgemeine Rahmenbedingungen / Anforderungen	31
3.3.2 Status Quo hinsichtlich Partizipation.....	32
3.3.3 Analyse der Partizipationsmöglichkeiten	35
3.4 Kooperation	37
3.4.1 Allgemeine Rahmenbedingungen / Anforderungen	37
3.4.2 Status Quo hinsichtlich Kooperation	38
3.4.3 Analyse der Kooperationsmöglichkeiten.....	40
3.5 Besorgnisse und Risiken	41
3.5.1 Allgemeine Rahmenbedingungen / Anforderungen	41
3.5.2 Status Quo hinsichtlich des Umgangs mit Besorgnissen und Risiken	42
3.5.3 Analyse zum Umgang mit Besorgnissen und Risiken	44
3.6 Kompensation / Ausgleichszahlungen.....	46
3.6.1 Allgemeine Rahmenbedingungen / Anforderungen	46
3.6.2 Status Quo hinsichtlich Kompensation und Ausgleichszahlungen	47
3.6.3 Analyse zu Kompensation und Ausgleichszahlungen	49
4 Handlungsstrategien	51
4.1 Übergeordnete Aspekte	51
4.1.1 Glaubwürdigkeit und Vertrauen	52
4.1.2 Konsistenz der Öffentlichkeitsarbeit an allen Standorten.....	52
4.1.3 Analyse von Akteursstrukturen	53
4.1.4 Sicherung von Kapazitäten und Ressourcen.....	55
4.1.5 Standortübergreifende Aspekte der Information und Kommunikation	56
4.2 Standortbezogene Handlungsempfehlungen und Zusammenfassung der Handlungsstrategien	59
4.2.1 Asse	60
4.2.2 Morsleben	61

4.2.3	Gorleben	63
4.2.4	Salzgitter	65
	Literaturverzeichnis	68

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Methodischer Ansatz zur Bearbeitung des Vorhabens SR09 3218.....	7
Abbildung 2:	Befragung der regionalen Öffentlichkeit am Standort Salzgitter zum Endlager Konrad, Fragestellung „Wo würden Sie sich mehr öffentliche Beteiligung im Zusammenhang mit dem Endlager Konrad wünschen?“, Fehlende zu 100 %: keine Angaben /Öko- Institut 2011a/	33
Abbildung 3:	Präsentation der Aktion „Bürger fragen das Bundesamt für Strahlenschutz antwortet“ in newsclick vom 02.02.2010, der Internet Plattform der Tageszeitungen im Raum Braunschweig, Salzgitter, Wolfsburg	57

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Bewertungskriterien	11
Tabelle 2:	Themen- und Informationswünsche am Standort Morsleben, Themennennungen von 7 % der Befragten (aus /Öko-Institut 2011a/)	20
Tabelle 3:	Themen- und Informationswünsche am Standort Gorleben; Themennennungen von 17 % der Befragten (aus /Öko-Institut 2011a/)	21
Tabelle 4:	Themen- und Informationswünsche am Standort Salzgitter; Themennennungen von 20 % der Befragten (aus /Öko-Institut 2011a/)	21
Tabelle 5:	Existenzielle vs. Wirtschaftliche Besorgnisse	42
Tabelle 6:	Kriterien zur Beschreibung und Analyse von Akteuren und Akteursstrukturen im Rahmen eines definierten Projektkontextes.....	54
Tabelle 7:	Zusammenfassung der Kernpunkt einer Handlungsstrategie für die Öffentlichkeitsarbeit des BfS zum Endlager Asse	61
Tabelle 8:	Zusammenfassung der Kernpunkte einer Handlungsstrategie für die Öffentlichkeitsarbeit des BfS zum Endlager Morsleben	63
Tabelle 9:	Zusammenfassung der Kernpunkte einer Handlungsstrategie für die Öffentlichkeitsarbeit des BfS in der Region Gorleben	65
Tabelle 9:	Zusammenfassung der Kernpunkte einer Handlungsstrategie für die Öffentlichkeitsarbeit des BfS zum Endlager Konrad.....	67

Zusammenfassung

Mit Vertrag vom 07./17. Juli 2009 wurde das Öko-Institut e. V. vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) beauftragt, das Forschungsvorhaben SR 3218 „Untersuchung und Umfragen zum Umgang mit Betroffenen in Regionen mit endlagerbezogenen Aktivitäten in Deutschland“ durchzuführen. Der vorliegende Abschlussbericht umfasst die Ergebnisse des Arbeitspaketes 3 „Entwicklung von Handlungsstrategien“.

Die Handlungsstrategien für die Öffentlichkeitsarbeit des BfS an den vier Standorten mit Endlager bezogenen Aktivitäten in Deutschland basieren auf Befragungen von Stakeholdern und der interessierten Öffentlichkeit in den betroffenen Regionen einerseits und der Auswertung von Erfahrungen, Literatur und Fallstudien andererseits. Außerdem berücksichtigen sie die bereits bestehenden Aktivitäten des BfS sowie die aktuellen Randbedingungen an den jeweiligen Standorten (Stand Juli 2011).

Aus den durchgeführten Analysen haben sich sowohl übergeordnete als auch standortspezifische Handlungsempfehlungen zur Öffentlichkeitsarbeit ergeben.

Die übergeordneten Empfehlungen umfassen die folgenden Themen, die sowohl für alle Standorte als auch in den unterschiedlichen Aktivitätsfeldern der Öffentlichkeitsarbeit (Information, Kommunikation, Partizipation und Kooperation) relevant sind:

- Glaubwürdigkeit und Vertrauen,
- Konsistenz der Öffentlichkeitsarbeit an allen Standorten,
- Analyse von Akteursstrukturen,
- Sicherung von Kapazitäten und Ressourcen.

Weiterhin wurden

- Standortübergreifende Aspekte der Information und Kommunikation

identifiziert, die für alle vier Standorte von Interesse sind, mit den Unterpunkten

- Ausbau der Medienarbeit,
- Erweiterte Nutzungsmöglichkeiten der Infostellen,
- Konzeptspezifische Schulung der Infostellen-Teams,
- Bedeutung elektronischer Medien.

Die standortspezifischen Empfehlungen betreffen die Betrachtungsschwerpunkte

- Information durch den Betreiber,
- Kommunikation und Kommunikationswege,
- Partizipation / Austausch,
- Kooperation / Vernetzung,
- Besorgnisse und Risiken sowie

- Kompensation / Ausgleichszahlungen.

Unter Berücksichtigung der prägenden Merkmale für die Öffentlichkeitsarbeit in der jeweiligen Region und der zentralen übergeordneten und standortspezifischen Empfehlungen werden nachfolgend für die vier Regionen die folgenden Kernpunkte der Handlungsstrategien für die Öffentlichkeitsarbeit des BfS zusammengefasst. Im Bericht werden die Empfehlungen ausführlich anhand der Analysen hergeleitet und mit Beispielen belegt.

Endlager Asse:

Die Region verfügt über etablierte und gut funktionierende Partizipationsstrukturen, die einen intensiven Austausch des BfS mit den regionalen Stakeholdern und den die Stakeholder beratenden Experten befördern. Die Informationsbereitstellung für die Öffentlichkeit ist überdurchschnittlich.

Zusammengefasste Empfehlungen:

- Die Öffentlichkeitsarbeit sollte regelmäßig evaluiert werden, um bedarfsgerechte Maßnahmen auch längerfristig und insbesondere bei sich ändernden Randbedingungen sicherzustellen.
- Es ist sicherzustellen, dass an allen Standorten über die relevanten Themen inhaltlich konsistent informiert und kommuniziert wird.
- Medienkontakte und die aktive Nutzung von Medien zur Informationsvermittlung sollten vertieft werden.
- Informations- und Kommunikationsangebote in der Infostelle Asse sollten vertieft werden, z. B. durch „Bürgersprechstunden“ mit Experten des BfS.
- BfS sollte Bestrebungen zur Umsetzung eines transparenten, kriterienbasierten Kompensationskonzepts unterstützen.

Endlager Morsleben:

Der bevorstehende Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren zur Stilllegung des ERAM stellt einen Meilenstein im formalen Verfahren dar, der auch Auswirkungen auf Interessen und Ziele von Stakeholdern und Öffentlichkeit hinsichtlich des Austauschs mit dem BfS haben kann. Institutionalisierte Strukturen für den Austausch bestehen derzeit nicht, ein Interesse einiger Stakeholder ist jedoch vorhanden.

Zusammengefasste Empfehlungen:

- Die Maßnahmen zur Information und Kommunikation sollten quantitativ und qualitativ verbessert werden, um als gleichwertig zu anderen Standorten wahrgenommen zu werden.
- Kontinuität der Berichterstattung und Informationsbereitstellung zur Einordnung der Maßnahmen in das Stilllegungsverfahren ist anzustreben.
- Maßnahmen zum regelmäßigen Dialog mit Stakeholdern sollten in Abstimmung mit den Beteiligten konzipiert und implementiert werden.
- Beim Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit ist der zusätzliche Bedarf an zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen zu berücksichtigen.
- Medienkontakte und die aktive Nutzung von Medien zur Informationsvermittlung sollten vertieft werden.
- Ängste und Besorgnisse hinsichtlich des möglichen Verlusts von Arbeitsplätzen sind gegenüber der Öffentlichkeit zu thematisieren, wobei Zeitplan und Inhalte an die Kommunikation zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern anzupassen sind.

Region Gorleben:

Die Situation am Standort Gorleben ist durch die Auseinandersetzungen um den Standort und die Thematik sowie die historischen Entwicklungen geprägt. Hinzu kommt der derzeit unklare Status hinsichtlich vom BMU initiierten Dialogansätze und hinsichtlich der politischen Entwicklungen in der Vorgehensweise bei der Standortfestlegung.

Zusammengefasste Empfehlungen:

- Die Wirksamkeit der Infostelle sollte durch eine zentrale innerörtliche Lage und durch ein erweitertes Angebot (z. B. „Bürgersprechstunden“ mit Experten des BfS) verbessert werden.
- Es sollten geeignete Maßnahmen zur aktiven Information der Bevölkerung getroffen werden (z. B. regelmäßige Verteilung von Infomaterial, aktive Nutzung von Medien).
- Die Informationsbereitstellung im Internet ist inhaltlich und strukturell unter Berücksichtigung der Bedürfnisse überregionaler Nutzer anzupassen.
- Maßnahmen zur Kommunikation mit Stakeholdern sollten in Abstimmung mit den Beteiligten konzipiert und implementiert werden.
- Möglichkeiten der kooperativen Informationsvermittlung und Gestaltung von Kommunikation unter Hinzuziehung Dritter als vertrauensbildende Maßnahmen sollten ausgelotet werden.

Endlager Konrad:

Der Ausbau des Endlagers Konrad ist durch die übertägigen Anlagen für die Öffentlichkeit sichtbar und ebenso wie der spätere Betrieb durch die Abfalltransporte über Jahrzehnte wahrnehmbar. Die Region ist zwischen Kritikern und Befürwortern gespalten.

Zusammengefasste Empfehlungen:

- Es sind Maßnahmen zur aktiven Information der Bevölkerung zu treffen (z. B. regelmäßige Verteilung von Infomaterial, aktive Nutzung von Medien), die auch die Besorgnisse und wahrgenommenen Risiken adressieren sollten.
- Es ist ein Dialog mit Stakeholdern zu initiieren, der langfristig einen Austausch über aktuelle Fragen der Errichtung und des Betriebs ermöglicht.
- Möglichkeiten der kooperativen Informationsvermittlung und Gestaltung von Kommunikation unter Hinzuziehung Dritter als vertrauensbildende Maßnahmen sind auszuloten.
- Beim Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit ist der zusätzliche Bedarf an zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen zu berücksichtigen.
- Es sollte geprüft werden, ob Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der Entwicklung von Kompensationsmaßnahmen realisiert werden können.

1 Einleitung

Mit Vertrag vom 07./17. Juli 2009 wurde das Öko-Institut e. V. vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) beauftragt, das Forschungsvorhaben SR 3218 „Untersuchung und Umfragen zum Umgang mit Betroffenen in Regionen mit endlagerbezogenen Aktivitäten in Deutschland“ durchzuführen. Vorgelegt wird nun der Abschlussbericht des Vorhabens, der die Ergebnisse des Arbeitspaketes 3 „Entwicklung von Handlungsstrategien“ umfasst.

Entsprechend dem methodischen Ansatz zur Bearbeitung des Forschungsprojekts (siehe Abbildung 1) basieren die Handlungsempfehlungen auf Befragungen von Stakeholdern und der interessierten Öffentlichkeit an den Standorten mit Endlager bezogenen Aktivitäten in Deutschland einerseits und der Auswertung von Erfahrungen, Literatur und Fallstudien andererseits.

Abbildung 1: Methodischer Ansatz zur Bearbeitung des Vorhabens SR09 3218



Die Arbeiten der Phasen I und II wurden in den Arbeitspaketen AP 1 und AP 2 des Forschungsvorhabens durchgeführt und sind in folgenden Berichten dokumentiert, die im Laufe der Bearbeitungszeit beim BfS vorgelegt wurden:

- AS 1.3 Aufarbeitung des Standes von Wissenschaft und Technik, 14.12.2009 /Öko-Institut 2009/
Zum Beginn des Vorhabens wurde der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik eruiert und dargestellt.

- AS 1.3 Aufarbeitung des Standes von Wissenschaft und Technik – Fortschreibung, 06.06.2011 /Öko-Institut 2011c/
Zum Ende des Vorhabens wurde der Stand von Wissenschaft und Technik um aktuelle Forschungsergebnisse ergänzt und fortgeschrieben.
- AS 2.1 Auswertung der Stakeholderbefragungen in den Regionen Asse, Gorleben, Morsleben und Salzgitter, 07.09.2010 /Öko-Institut 2010/
Der Bericht stellt die Ergebnisse der Interviews mit ausgewählten Stakeholdern aus den vier genannten Standortregionen dar. Pro Standort wurden sieben bis zehn Personen aus unterschiedlichen Organisationen und Institutionen mit unterschiedlicher Ausrichtung interviewt.
- AS 2.1 Sachstandsbericht zur Befragungsstufe 2 – Befragungen der regionalen Öffentlichkeit, 20.05.2011 /Öko-Institut 2011a/
Der Bericht stellt die Ergebnisse der Befragungen dar, die an den Standorten Morsleben, Gorleben und Salzgitter im Rahmen von Grubenbefahrungen durch Besuchergruppen durchgeführt wurden. Zusätzlich wurden ausgewählte Fragestellungen einer Befragung der Fa. Dialogik am Standort Asse¹ im Hinblick auf unsere Zielstellungen ausgewertet.
- AS 2.2 Auswertung von Erfahrungen / Fallbeispielen, 23.05.2011 /Öko-Institut 2011b/
Praktische Erfahrungen anhand ausgewählter Fallbeispiele wie die Endlagerstandortsuche einzelner Länder im europäischen Ausland und dem Infrastrukturvorhaben Flughafen Frankfurt wurden im Hinblick auf Aspekte der Information, Kommunikation, Beteiligung und Kompensation ausgewertet.

Der vorliegende Abschlussbericht stellt auf der Basis der Erkenntnisse und Ergebnisse des Forschungsvorhabens Handlungsstrategien, für die Öffentlichkeitsarbeit in den Regionen mit Endlager bezogenen Aktivitäten in Deutschland dar, wobei nach Empfehlungen von übergeordneter Relevanz für alle Regionen und standortspezifischen Aspekten unterschieden wird.

In Kapitel 2 sind die Bewertungskriterien entsprechend Arbeitsschritt AS 3.1 dargestellt.

Kapitel 3 umfasst die Darstellung des Sachstandes sowie die Analyse zu den zentralen Schwerpunkten der Öffentlichkeitsarbeit. Dazu werden, gegliedert nach Themenfeldern, zunächst allgemeine Rahmenbedingungen sowie der Status Quo an den einzelnen Standorte dargestellt. Darauf aufbauend werden die Befragungsergebnisse und –erkenntnisse analysiert.

¹ Ausgewertet wurde der Rohdatensatz zur Öffentlichkeitsbefragung in 2010 in der Region Asse der Dialogik GmbH

In Kapitel 4 werden schließlich die Handlungsstrategien entwickelt. Dabei wird zwischen übergeordneten Aspekten, die eine Relevanz für alle Standorte haben, und standortspezifischen Empfehlungen differenziert.

2 Bewertungskriterien

Als Grundlage für die Ableitung von Empfehlungen im Rahmen der Entwicklung der Handlungsstrategien wurden zunächst die Themenfelder abgeleitet und innerhalb derer Bewertungskriterien entwickelt. Diese basieren auf den Ergebnissen der durchgeführten Arbeiten zum Stand von Wissenschaft und Technik in /Öko-Institut 2009/ und seiner Fortschreibung in /Öko-Institut 2011c/. Auch aus der durchgeführten Fallstudienanalyse /Öko-Institut 2011b/ konnten Hinweise auf Kriterien zu Bewertung akzeptanzorientierter Entscheidungsprozesse abgeleitet werden. Zudem wurden aus den Befragungen jeweils auf den Standort bezogen die Themen von Interesse herausgearbeitet /Öko-Institut 2010/ und /Öko-Institut 2011a/.

Die Zusammenführung dieser Ergebnisse führte zu den übergeordneten Themenfeldern, die einerseits der Öffentlichkeitsarbeit des Betreibers zuzuordnen sind und andererseits weitere Aspekte darstellen:

Öffentlichkeitsarbeit des Betreibers

- Information durch den Betreiber
- Kommunikation / Kommunikationswege
- Partizipation / Austausch
- Kooperation / Vernetzung

Weitere Aspekte

- Besorgnisse und Risiken
- Kompensation / Ausgleichszahlungen

Diese Themenfelder wurden weiter präzisiert. Dabei wurde unterschieden, ob es sich um allgemeine Rahmenbedingungen handelt oder um spezifische Kriterien, mit denen sich das BfS als Betreiber und Informationsgeber auseinandersetzen soll.

Unter Rahmenbedingungen werden Aspekte verstanden, die das Themenfeld grundsätzlich umreißen und eine Voraussetzung für die Umsetzung der spezifischen Kriterien sind.

Die spezifischen Kriterien sind konkrete Punkte, die im Rahmen der Umsetzung von Öffentlichkeitsarbeit kontinuierlich berücksichtigt und diesbezüglich auch regelmäßig geprüft werden sollten.

Tabelle 1 enthält die Bewertungskriterien, die zur Ermittlung der Handlungsstrategien herangezogen werden.

Tabelle 1: Bewertungskriterien

Themenfeld	Rahmenbedingungen	Spezifische Kriterien
Öffentlichkeitsarbeit des Betreibers		
Information durch den Betreiber	Qualitätsstandards von Information Adressaten erreichen Glaubwürdigkeit des / der Informationsgeber	Ansprechbarkeit des Informationsgebers Vertrauen in Informationsgeber Umfang (Inhalte und Häufigkeit) von Information Zugänglichkeit von Informationsangeboten Bewertung der Informationsmaterialien Identifizierung der Zielgruppe(n) Auslöser für Informationsbedarf Zusammenarbeit mit Medien zur Informationsvermittlung
Kommunikation / Kommunikationswege	Bereitschaft zur Kommunikation Vertrauen in Kommunizierende Kommunikationswege etablieren Diskussionskompetenz (Basis: Wissen) gegeben	Nutzung verschiedener Kommunikationswege (akteurs- und themenspezifisch) Berücksichtigung regionaler Bedürfnisse Aufbau von Vertrauen in Kommunikation
Partizipation / Austausch	Beteiligungsbereitschaft Konzepte und Strukturen etablieren	Schaffung von Ebenen des Austauschs / der Partizipation Klärung von Partizipationsbedingungen Frühzeitige Akteurseinbindung Ermittlung der Betroffenen
Kooperation / Vernetzung	Kooperationsbereitschaft	Identifikation von Erwartungen Erarbeitung von Bedingungen für Kooperation

Themenfeld	Rahmenbedingungen	Spezifische Kriterien
Weitere Aspekte		
Besorgnisse und Risiken	Möglichkeit, Besorgnisse zu adressieren Möglichkeit, verbleibende Risiken zu thematisieren	Erkennen und Aufgreifen von Bedürfnissen, Besorgnissen und Ängsten Thematisierung von Auswirkungen auf die Region und Ergreifung von Maßnahmen Thematisierung von Risiken / Unsicherheiten
Kompensation / Ausgleichszahlungen	Entwicklung von Konzept, Zeitplan, Kriterien zur Kompensation Erwartungen / Vorbehalte der Öffentlichkeit	Kommunikation zu Kompensation / Ausgleichszahlungen Einbindung regionaler Stakeholder auf Basis eines Kompensationskonzeptes Definition des Ziels / Mehrwertes von Kompensation für die Region

Die dargestellten Bewertungskriterien werden bei der Entwicklung der Handlungsstrategien nicht wie ein Maßstab im Sinne von positiven bzw. negativen Bewertungen verwendet. Sie dienen vielmehr der Analyse des Ist-Zustandes und der Ermittlung von Verbesserungsmöglichkeiten und offenen Punkten im Hinblick auf den Umgang mit Betroffenen und der darauf aufbauenden Entwicklung von Handlungsstrategien.

3 Sachstand und Analyse von ausgewählten Themenfeldern

In diesem Kapitel werden, gegliedert nach den zentralen Themenfeldern, die jeweiligen allgemeinen Rahmenbedingungen, die sich aus dem Stand von Wissenschaft und Technik ableiten lassen, und der Sachstand an den einzelnen Standorten dargestellt. Im zweiten Schritt erfolgt jeweils eine Analyse der Situation an den vier Standorten, die auf den Ergebnissen der Befragungen und eigenen Beobachtungen basiert und diese unter Berücksichtigung der Bewertungskriterien und Rahmenbedingungen auswertet.

3.1 Information durch den Betreiber

3.1.1 Allgemeine Rahmenbedingungen / Anforderungen

Generelle Anforderungen an Information sind Zugänglichkeit, Qualität, Verständlichkeit, Kontinuität und Aktualität. Information muss den Betroffenen ermöglichen, sich ein eigenes Urteil zu bilden, das einerseits auf eigenen Wertvorstellungen und andererseits auf den vermittelten Sachinformationen basiert.

Dabei muss der Informationsgeber seine Informationen auf den Adressaten ausrichten, mit dem Ziel, dass die Informationen den Adressaten erreichen und ansprechen. Dies erfordert insbesondere eine sachgerechte Aufbereitung von Information, die unterschiedliche Zielgruppen berücksichtigt. Ob dem Bedarf entsprochen wird, sollte regelmäßig durch entsprechende Evaluationen geprüft werden /IAEA 2007/.

Interesse an der Thematik Endlagerung radioaktiver Abfälle an einem projektierten Standort ist nicht gleichbedeutend damit, dass auch Interesse an der dargebotenen Information eines Informationsgebers besteht. Dies ist davon abhängig, ob der Informationsgeber als glaubwürdig angesehen wird und entsprechend seinen Informationen Vertrauen geschenkt wird. Gemäß /Öko-Institut 2011c/ erfordert Glaubwürdigkeit von Informationen Kompetenz, Objektivität, Konsistenz und eine klare Intention des Informationsgebers. Vertrauensbildung und Vertrauenserhalt benötigen Zeit und dauerhaften Einsatz. Besonders hohes Vertrauen wird der persönlichen Informationsweitergabe entgegen gebracht /IAEA 2006/. So tragen z. B. Ansprechpartner oder Informationszentren im Umfeld von Endlagerstandorten zur Vertrauensbildung bei.

Von der interessierten Bevölkerung werden diejenigen Informationen am häufigsten wahrgenommen, die z. B. über Zeitungen oder verteilte Newsletter verbreitet werden, und somit keine eigenen Aktivitäten zum Aufsuchen der Information durch die Rezipienten erfordern /Öko-Institut 2011c/.

Entsprechend kommt dieser Art von Medien eine besondere Rolle bei der Information der Öffentlichkeit zu. Zum Einen, da sie die breite Öffentlichkeit direkt erreichen,

zum Anderen weil ein hohes Medieninteresse auch bei spezifischen Stakeholdern eine hohe Aufmerksamkeit hervorrufen kann (vgl. /IAEA 2009/). Entsprechend können die Medien auch mittelbar die Stakeholderkommunikation und –interaktion beeinflussen.

In der Literatur wird außerdem darauf hingewiesen, dass für die Informationsvermittlung ebenso wie für alle anderen Formen von Öffentlichkeitsarbeit ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen benötigt werden.

3.1.2 Status Quo hinsichtlich Information

Am Standort **Asse** besteht von allen Standorten das größte Informationsangebot seitens des BfS. Dieses bezieht sich sowohl auf die Menge der Informationen als auch auf die Vielzahl der Informationswege. Zudem hatte die Schachanlage Asse II in den letzten Jahren eine hohe Medienaufmerksamkeit. Über besondere Meilensteine, neue Erkenntnisse aber auch Hintergrundinformationen zur Asse wurde in der lokalen und überregionalen Presse, im Radio und auch im Fernsehen berichtet.

Der Betreiber bietet insbesondere über eine eigene Internetseite www.endlager-asse.de inhaltlich weitgehende und zeitnahe Informationen an. Die Infostelle dient als Ansprechpartner vor Ort und bietet auch Befahrungen des Endlagers an. Darüber hinaus sind auch aktive Informationswege installiert, wie der Newsletter „Asse-Einblicke“ und die hohe Präsenz des BfS in der Region z. B. durch das Infomobil auf Festen und Märkten und Informationsveranstaltungen. Die am Standort Asse gepflegte Offenheit und Transparenz wird auch an den anderen Standorten als positives Beispiel wahrgenommen und hervorgehoben. Es wird aber auch eine Ungleichgewichtung zu den anderen Standorten von den Stakeholdern der verschiedenen Standorte gesehen. Entsprechend wurde verschiedentlich auf den Informationsbedarf am eigenen Standort verwiesen.

In **Morsleben** wird voraussichtlich im vierten Quartal 2011 der Erörterungstermin zur Stilllegung des ERAM durchgeführt /BfS 2010a/. Die Informationsangebote des BfS erfolgen überwiegend im Internet auf der Homepage des BfS (www.bfs.de) und über die Infostelle, wo gedruckte und interaktive Informationsmöglichkeiten angeboten werden. Außerdem wurden die zeitweilig eingeschränkten Grubenbefahrungen für Besucher wieder aufgenommen. Die Arbeit der Infostelle wird insbesondere von den unmittelbaren Anwohnern als sehr engagiert hervorgehoben. Befragte Stakeholder verwiesen darauf, dass Anwohner beispielsweise ihre Gäste gerne in die Infostelle führen.

Eine aktive Informationsstrategie, die auch weiträumiger angelegt ist, gibt es in Anfängen. So existiert im benachbarten niedersächsischen Helmstedt, in dem eher die Kritiker des Projekts zu verorten sind, bisher keine regelmäßige Präsenz des BfS. Ende September 2010 wurden aber versuchsweise mit dem Infomobil im Rahmen eines Festes / Marktes Präsenz in Helmstedt gezeigt und vor Ort Informationen an-

geboten. Weitere Termine an verschiedenen Orten sind für 2011 geplant. Diese Vorgehensweise, zu den Menschen zu kommen, signalisiert Offenheit und dient der Vertrauensbildung.

Das Endlager **Konrad in Salzgitter** ist planfestgestellt und höchstrichterlich bestätigt. Die Jahrzehnte lange Diskussion um das Projekt führte zu einer Polarisierung und verfestigten Meinungen der zentralen Akteure in der Region. Hinter den kritischen Akteuren stehen einige große Organisationseinheiten wie z. B. die Stadt Salzgitter, sowie weitere Gemeinden, Gewerkschaften und die Betriebsräte großer Unternehmen der Region. Das BfS informiert im Raum Salzgitter überwiegend über eine eigene Internetseite www.endlager-konrad.de und die Infostelle sowie bei Grubenbefahrungen für Besucher, die jeweils mit einer Besichtigung der Infostelle kombiniert werden. Gedruckte Informationsmaterialien zum Standort wurden zum Zeitpunkt der Befragungen an der Infostelle nicht vorgehalten, drei Broschüren standen allerdings im Internet zum Download zur Verfügung. Inzwischen ist eine Neuauflage der Broschüre „Endlager Konrad. Antworten auf die meistgestellten Fragen“ /BfS 2011a/ im Internet verfügbar.

Die Kritiker lehnen Informationen des BfS als nicht glaubwürdig ab und begegnen ihnen mit Desinteresse. Dagegen werden die Grubenbefahrungen für Besucher, die hier im Vergleich zu den anderen Standorten im größten Umfang angeboten werden, sehr gut angenommen. Die Befahrungsgäste beurteilen die dargebotenen Informationen des BfS sehr positiv. Insofern zeigen die Untersuchungsergebnisse ein sehr unterschiedliches Interesse an Informationen des BfS bei den kritischen Stakeholdern einerseits und der interessierten Öffentlichkeit andererseits.

Am Standort **Gorleben** wird ebenfalls über eine Infostelle informiert, die allerdings zum Einen aufgrund ihrer Lage am Endlagerstandort außerhalb der Ortschaft und zum Anderen aufgrund der Anordnung der Infostelle auf dem Anlagengelände hinter einem massiven Zaun wenig Anziehungskraft entfaltet. Auch hier werden Grubenbefahrungen für Besucher angeboten. Darüber hinaus informiert das BfS auf seiner Website (www.bfs.de) über das Projekt. Ein Hinweis auf die Seite des Gorleben-Dialogs des BMU (www.gorleben-dialog.de) findet sich nur auf einer tieferen Ebene der Website, wo er nicht unmittelbar auffindbar ist.

Aufgrund der langen konfliktreichen Geschichte von Gorleben ist die Situation durch stark verfestigte Meinungen seitens der Befürworter und der Gegner des Projekts gekennzeichnet. Von Seiten der Kritiker besteht großes Misstrauen gegenüber dem BfS und weitgehendes Desinteresse gegenüber seinen Informationsangeboten. Seitens der Befürworter wird hingegen eher der Wunsch nach einer intensiveren Information der Öffentlichkeit geäußert.

3.1.3 Analyse der Informationsmaßnahmen des BfS

Die Darstellung des Status Quo macht deutlich, dass das BfS an allen Standorten und zu allen Projekten Informationen und verschiedene Informationsmöglichkeiten bereithält. Online-Informationen über die Homepage des BfS oder über Projekt eigene Websites, Infostellen vor Ort sowie die Möglichkeit für Grubenbefahrungen für Besucher stellen zentrale Informationsinstrumente dar, die an allen Standorten zum Einsatz kommen.

Mit den Infostellen und den Befahrungen setzt das BfS in besonderem Maß auf die Informationsvermittlung über den persönlichen Kontakt. Dieses Konzept umfasst auch eine entsprechende Ausstattung der Infostellen mit Dialog fördernden Komponenten, z. B. 3D-Modelle und Kaffeetheken, die die modernen elektronischen, z. T. auch interaktiven Informationsangebote ergänzen. An einigen Standorten befindet sich die Realisierung dieses Konzepts noch in der Umsetzung (mündliche Mitteilung des BfS).

Bei den Grubenbefahrungen wird die persönliche Information der Besucherinnen und Besucher zusätzlich durch die persönliche Inaugenscheinnahme der Gegebenheiten vor Ort und das „Begreifen mit allen Sinnen“ durch den Einzelnen ergänzt. Mit den Befahrungen wird daher ein wichtiges Instrument der Vertrauensbildung realisiert. Entsprechend führen die Befahrungen vor allem bei Besuchern aus der allgemeinen Bevölkerung zu sehr positiven Reaktionen und entsprechend positiven Rückmeldungen im Rahmen der Befragungen. Auch von verschiedenen Stakeholdern wurden Befahrungsmöglichkeiten als wichtiger Baustein der Informationsarbeit hervorgehoben.

Dass die direkte persönliche Ansprache einen besondern Beitrag zur Vertrauensbildung leisten kann, ist aus vielen Zusammenhängen bekannt und zeigte sich auch in der Literaturanalyse in /Öko-Institut 2011c/.

Gemessen an den Bewertungskriterien haben die Untersuchungen auch Hinweise auf Optimierungspotenziale im Bereich der Informationsmaßnahmen ergeben, die unter den nachfolgenden Punkten dargestellt sind.

3.1.3.1 Glaubwürdigkeit von Informationen

Eine wirksame Information setzt voraus, dass bei den angesprochenen Zielgruppen ein Mindestmaß von Vertrauen in den Informationsgeber vorhanden ist, damit die Informationen prinzipiell als glaubwürdig eingeschätzt werden. Die Befragungen zeigten, dass insbesondere im Kreise der Stakeholder, die an den einzelnen Standorten intensiver mit dem jeweiligen Projekt befasst sind, die Einschätzungen zur Vertrauenswürdigkeit des BfS und seiner Informationen eine extrem große Bandbreite aufweisen. Während an den Standorten Asse und Morsleben auch von Seiten kritischer Akteure den Informationen des BfS eher vertraut wurde, wurde in Salzgitter

ter und Gorleben von einer Vielzahl der Stakeholder erhebliches Misstrauen geäußert. Diese Einschätzungen sind wesentlich durch die jeweilige Standorthistorie bedingt, insofern ausgesprochen vielschichtig und durch Art und Umfang der Informationstätigkeiten des Betreibers nur bedingt zu beeinflussen.

Konkrete geäußerte Kritikpunkte, z. B. Vorwürfe von Stakeholdern in Gorleben, dass sich mangelnde Offenheit und Transparenz in zurückgehaltenen Informationen, nicht beantworteten Anfragen und den Sicherungsmaßnahmen am Standort zeige, geben insofern zwar einen Hinweis auf persönliche Wahrnehmungen von Beteiligten. Sie sind aber für sich genommen vermutlich weder ursächlich für das Vertrauensdefizit, noch stellen sie unmittelbare Ansatzpunkte zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit dar.

Die Befragungen von Befahrungsgästen an den Standorten Salzgitter, Morsleben und Gorleben zeigen, dass diese die Arbeit des BfS überwiegend als vertrauenswürdig einstufen /Öko-Institut 2011a/. Dies ist offensichtlich das Ergebnis einer erfolgreichen Informationsvermittlung während der Befahrung, die auf der persönlichen Ansprache und dem persönlichen Erleben der Gegebenheiten vor Ort beruht. In Gorleben zeigte sich ein etwas differenziertes Bild hinsichtlich des Vertrauens in die Erkundungsarbeiten und des Vertrauens in die Arbeiten des BfS zur Endlagerung insgesamt. Zwar äußerten die Befragten mehrheitlich in beiden genannten Bereichen Vertrauen in die Arbeit des BfS. Auffallend war allerdings, dass der Anteil derer, die den Arbeiten des BfS bezogen auf die Endlagerung insgesamt geringes bis kein Vertrauen schenken mit etwa 18 % nahezu doppelt so hoch war wie in Bezug auf die Arbeiten zur Erkundung des Standortes. Es ist anzunehmen, dass der Schwerpunkt der Information bei der Befahrung von Gorleben auf der Erkundung und nicht auf dem Thema Endlagerung radioaktiver Abfälle liegt.

Die Befragung der Öffentlichkeit durch die Fa. Dialogik im Raum Asse, die ebenfalls mit ausgewertet wurde /Öko-Institut 2011a/, ergab dagegen mehrheitlich befriedigende bis schlechte Bewertungen im Hinblick auf Vertrauen in das BfS. Dieses Ergebnis steht im Gegensatz zu den Einschätzungen der regionalen Stakeholder /Öko-Institut 2010/ und zeigt die unterschiedliche Wahrnehmung verschiedener Zielgruppen.

Gemäß unseren Erkenntnissen tragen zur Bildung von Vertrauen an den Standorten der Anspruch und die konsequente Umsetzung von Offenheit und Transparenz bei. Zudem wurden Informationen dann als besonders glaubwürdig wahrgenommen, wenn verschiedene Informationsgeber zu dieser Information beigetragen haben. So ergab die Stakeholderbefragung zur Asse, dass die erreichte Glaubwürdigkeit der Information für den Empfänger auf einer Mischung von Informationsquellen basiert, zu denen neben dem BfS auch die Bürgerinitiativen und die Asse II-Begleitgruppe zählen. Diese Erkenntnis spiegelt auch die Erfahrungen aus anderen Endlagerverfahren wider, die z. B. in /NEA 2003/ unter den Voraussetzungen für Glaubwürdigkeit von Informationen zusammengefasst sind. Unter dem Stichwort „Objektivität“

wird dort die Berücksichtigung einer Vielfalt von Informationsquellen und eine von sichtbaren persönlichen Interessen freie Information genannt.

Neben den genannten Erkenntnissen gab es vereinzelte Hinweise, dass Aussagen als widersprüchlich oder die Informationsdarbietung des BfS als nicht ausreichend objektiv wahrgenommen werden:

- In Morsleben wurde als Widerspruch wahrgenommen, dass das ERAM einerseits unter dem Betreiber BfS stillgelegt wird und andererseits vom BfS als heute nicht genehmigungsfähiges Endlager bezeichnet wird.
- Bei den Stakeholderbefragungen in Morsleben und Asse wurde von einzelnen Befragten angemerkt, dass Meldungen und Schlagzeilen des BfS zu „reißerisch“ dargestellt seien und die gewünschte Objektivität vermissen ließen.

Auf Grund der geographischen Nähe der vier Standorte und der Vernetzung der Stakeholder verschiedener Standorte spielt auch die standortübergreifende inhaltliche Konsistenz der Informationen eine Rolle.

Positiv hervorgehoben wurde die Informationsarbeit des BfS im Zusammenhang mit der Asse. Hier wurde auch von Stakeholdern anderer Standorte eine größere Offenheit und mehr Transparenz in der Informationsbereitstellung beobachtet (siehe dazu auch das folgende Kapitel).

3.1.3.2 Standort-„Gleichberechtigung“

Wie bereits im Status quo dargestellt, werden das Informationsangebot und die Informationsdarbietung an den Standorten als unterschiedlich umfangreich wahrgenommen. Dies führt dazu, dass darin auf der einen Seite eine gewisse Bewegung hin zu mehr Offenheit und Transparenz gesehen und positiv gewertet wird. Auf der anderen Seite kann dies zu einer entsprechend negativeren Bewertung des eigenen Standortes führen. Dieses Ungleichgewicht der Informationsbereitstellung an den verschiedenen Standorten kann nicht auf eine unterschiedliche Dichte und Relevanz von Entwicklungen und Fortschritten in den jeweiligen Projekten zurückgeführt werden, da trotz des unterschiedlichen Status der vier Projekte an allen Standorten durch die Entwicklungen neue Informationen generiert werden, die potenziell für die Öffentlichkeit von Interesse sind.

Lobend hervorgehoben wurde die Informationsbereitstellung am Standort Asse und dort insbesondere der Newsletter „Asse Einblicke“. Neben Inhalten und Aufmachung ist hier der Aspekt, dass der Newsletter an die Haushalte verteilt wird, von Bedeutung. Tatsächlich gaben die Befragten in der Region Asse in nahezu allen Altersstufen an, den Newsletter häufig bis sehr häufig zu nutzen. Auch im Vergleich zu ande-

ren Informationsangeboten des BfS waren die Asse Einblicke überwiegend bekannt und wurden am häufigsten genutzt.

Dass Informationen, die „ins Haus kommen“, eine höhere Beachtung geschenkt wird, ist auch ein Ergebnis in /Öko-Institut 2009/ und /Öko-Institut 2011c/. So ergaben Bürgerbefragungen in Finnland und in Frankreich, dass Informationen hauptsächlich über Zeitungen und die Newsletter wahrgenommen werden. An allen Standorten wurde im Rahmen der Stakeholderbefragung ein Bedarf für einen solchen Newsletter gesehen, der beispielsweise über aktuelle Entwicklungen berichtet aber auch Hintergrundwissen vermittelt.

Die Internetseiten wurden im Rahmen der vorliegenden Untersuchung keinem systematischen Vergleich unterzogen. Eine Durchsicht im Hinblick auf Aufmachung und Informationsangebot machte aber deutlich, dass Informationen über die Standorte in unterschiedlicher Breite und Tiefe angeboten werden. Die nachfolgenden Beispiele sollen dies verdeutlichen.

Für die Endlager Asse und Konrad unterhält das BfS eigene Internetseiten, die ein Informationsangebot in unterschiedlicher Abstufung enthalten. Dabei ist festzustellen, dass auf der Konrad-Seite weitergehende Unterlagen wie beispielsweise Gutachten / Unterlagen aus dem Planfeststellungsverfahren nicht oder nur sehr schwierig zu finden sind und auch die Endlagerungsbedingungen nur im Kontext der Informationen zum Wasserrecht verlinkt sind. Die Rubrik „Experteninformationen“ wirkt in diesem Zusammenhang verwirrend, da es sich um die Aufbereitung weiterer Themen aber nicht um vertiefende Fachinformationen handelt. Die Seite zum Standort Asse geht hier teilweise tiefer und bietet unter Studien und Gutachten auch ausgewählte Gutachten z. B. die Machbarkeitsstudien an.

Das Informationsangebot zu Morsleben und Gorleben wirkt etwas unübersichtlich. So steht beispielsweise im Themenbereiche „Erkundungsbergwerk Gorleben“ unter der Rubrik „Geologie“ /BfS 2011b/ der Texte „Das Erkundungsbergwerk...“, der einen knappen Überblick über die bestehenden und geplanten Erkundungsbereiche gibt, auf einer Ebene mit detaillierten Fachinformationen zu salinaren Lösungen und zum Lösungsverzeichnis, zu dem auch eine Vielzahl von Links auf den entsprechenden Fachbericht mit seinen verschiedenen Anlagen vorhanden sind. Unter der Rubrik „Weitere Informationen“ /BfS 2011c/ finden sich verschiedenste Artikel thematisch unsortiert und von unterschiedlichem Tiefgang. Dies erschwert eine gezielte Suche nach gewünschten Informationen. Zu Morsleben finden sich umfangreiche Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren. Nicht erkennbar ist dagegen, welche Maßnahmen im ERAM aktuell durchgeführt werden. Die Berichterstattung zu aktuell laufenden Baumaßnahmen im ERAM wurde auch bei der Stakeholderbefragung als intransparent bewertet. Auf der Konradseite wird dagegen mit der Baudokumentation zeitnah über die durchgeführten Maßnahmen berichtet.

Die Beispiele weisen auf unterschiedliche Vorgehensweisen hin. Im Hinblick auf Informationsvermittlung ist zu berücksichtigen, dass Informationen in aufbereiteter Form vorliegen müssen, um dem Leser Orientierung und Einordnung zu ermöglichen /Öko-Institut 2011c/. Im Hinblick auf eine transparente Informationsbereitstellung sollten darüber hinaus dann auch die vertiefenden Fachinformationen umfangreich verfügbar sein, um dem interessierten Leser weitergehende Information zu ermöglichen.

Eine Gleichbehandlung der Standorte bei der Informationsbereitstellung darf auf der anderen Seite die deutliche Abgrenzung der Standorte zueinander nicht verwischen. Im Rahmen der Stakeholderbefragung in Morsleben wurde beispielsweise von Anfragen berichtet, die sich auf den Standort „Gorsleben“ bezogen. Neben der Namensvermischung wurden auch standortspezifische Sachverhalte vermischt. Ein Umstand, der diese Verwechslung unterstützt, beobachteten wir in den Infostellen: In den Zeitschriftenständen wurden gedruckte Unterlagen zu allen Standorten angeboten ohne erkennbare Sortierung in Informationen zum besuchten Standort und Informationen zu anderen Standorten. Vielfach wurden sogar mehr gedruckte Unterlagen zu den anderen Standorten (insbesondere zur Asse) angeboten als zu dem jeweiligen Projekt vor Ort.

3.1.3.3 Inhalte / Themen

Sowohl bei der Befragung der Befahrungsgäste als auch der Stakeholder wurde nach Themen und Inhalten gefragt, zu denen ein weiterer Informationsbedarf besteht.

Von den Befahrungsgästen machten zwischen 7 % und 20 % der Befragten an den einzelnen Standorten Angaben zu Themen- und Informationswünschen. In /Öko-Institut 2011a/ wurden die Themennennungen jeweils Kategorien zugeordnet und tabellarisch dargestellt. Diese Auswertungen sind in den nachfolgenden Tabellen zusammengestellt.

Tabelle 2: Themen- und Informationswünsche am Standort Morsleben, Themennennungen von 7 % der Befragten (aus /Öko-Institut 2011a/)

Kategorie	Thema im Detail
Einlagerungssohle	Besichtigung der Einlagerungssohle
Sicherheit	Strahlenschutz, Strahlenbelastung, Geologie und Sicherheit
Abfälle	eingelagerte Materialien, Inhalt der Fässer
Finanzierung/Kosten	Wer zahlt langfristig die Kosten? Öffentlichkeitsarbeit zu Fragen der Finanzierung
Standortwahl	Entscheidungsgrundlagen
Sonstiges	Klimaszenarien, Altbergbau, Restnutzung nach Stilllegung

Tabelle 3: Themen- und Informationswünsche am Standort Gorleben; Themennennungen von 17 % der Befragten (aus /Öko-Institut 2011a/)

Kategorie	Thema im Detail
Zwischenlagerung	Zwischenlagerung, detaillierter Aufbau eines Castorbehälter, Zeiträume der Zwischenlagerung
Endlagerung	toxische Endlagerung, Vergleich zu anderen Endlagern, Unterschied zur Asse, Geologie und Endlagerung, Erkundung weiterer Standorte, Transparenz der Eignungskriterien
Sicherheit	Sicherheitskonzept, Langzeitüberwachung, Bodensenkung
Sonstiges	Notwendigkeit der Kernenergieversorgung, Standpunkte der Parteien zur Endlagerung, Lobbywirtschaft – wer profitiert davon?

Tabelle 4: Themen- und Informationswünsche am Standort Salzgitter; Themennennungen von 20 % der Befragten (aus /Öko-Institut 2011a/)

Kategorie	Thema im Detail
Geologie	Befahrung, Altbergbau, Hydrogeologie, Details der geologischen Formationen
Sicherheit	Expertenaussagen, Langzeitstabilität, Gutachten, Giftstoffe, Strahlung allgemein, Auswirkungen auf die Bevölkerung, Vergleiche zu Abfällen aus der Chemie, Auswirkungen der Endlagerung,
Wirtschaftlichkeit/Kosten	Wirtschaftlichkeit Endlager, Kostenübernahme, Finanzierung,
Endlagerung/Abfall	Entstehungsorte des Abfalls, Endlagerung hochradioaktiver Stoffe, Transport,
Errichtung und Inbetriebnahme Konrad	Zeitplan, Projektablauf, Dauer des Verfahrens, warum Verzögerungen, Planungsziele, Einlagerungszeitraum, Vorgang der Anlieferung, Transporte, Notfallpläne
andere Endlagerstandorte	Asse, Zusammenhang Asse - Konrad, Morsleben, Gorleben, Standorte für Endlager
Internationales	Ländervergleiche bei Endlagerung, Entsorgung französischer Atomrückstände, globale Perspektive, andere Standorte im Ausland
Sonstiges	Gegenaspekte, wissenschaftliche Diskussion, andere Lagerungsverfahren außer Untertage, Zwischenlagerung, Grenzwerte, Bedeutung von Dosiswerten, Zertifizierung der verschiedenen Medien, Energiepolitik

Mit den angegebenen Informationswünschen wird eine weite Spanne an Themen genannt. Da die Streuung der Themen sehr breit ist und sich keine klaren Schwerpunkte mit überdurchschnittlich häufiger Nennung abzeichnen, ist davon auszugehen, dass von den Befragten keine prinzipiellen Informationslücken zu einem Thema wahrgenommen werden. Von Relevanz sind aber an allen Standorten Themen, die die Sicherheit, die Geologie und die Endlagerung betreffen. An den Standorten Morsleben und Salzgitter wird auch Informationsbedarf zu Kosten und Finanzierung genannt. Auch wird Informationsbedarf zu Vergleichsmöglichkeiten gesehen z. B. zur Vorgehensweise im Ausland oder zum Umgang mit chemisch-toxischen Abfällen. Darüber hinaus werden auch Themen genannt, die sich nicht auf die Endlagerung radioaktiver Abfälle oder Angaben zum jeweiligen Standort beziehen, wie z. B. Informationsbedarf zu Klimaszenarien oder Energiepolitik oder der Wunsch die Einlagerungssohle zu besichtigen.

In den Befragungen wurde nicht geprüft, in wie weit dem/der Befragten das bereits vorhandene Informationsangebot des BfS zum von ihm/ihr genannten Thema bekannt war. Die Nennungen weisen aber auf Interesse an dem Thema hin und sollten entsprechend berücksichtigt werden.

In den Stakeholderbefragungen zeigt sich eher ein geringer Bedarf an Informationen über zusätzliche Themenschwerpunkte. Dies hat jeweils standortspezifische Ursachen.

Am Standort Asse wird vereinzelt eine unzureichende Informationstiefe beanstandet. Als nicht ausreichend abgedecktes Themenfeld werden die Vorgänge an den anderen Standorten gesehen. Da die Region Asse sehr im Fokus der Öffentlichkeit steht, würden die Diskussionen an den anderen Standorten möglicherweise vernachlässigt, so die Meinung der Befragten.

In Morsleben gaben die Stakeholder an, jederzeit gewünschte Informationen direkt nachfragen zu können. Entsprechend besteht überwiegend kein zusätzlicher Informationsbedarf. Einzige Nennung war das Thema „Finanzierung der Stilllegung“, das auch als Thema bei der Besucherbefahrung in Morsleben genannt wurde.

Tenor der Stakeholderbefragung in Konrad war, dass sich die Befragten bereits seit vielen Jahren mit dem Endlager Konrad befassen und deshalb keine „neuen“ Themen identifizieren könnten, zu denen noch ein Informationsbedarf bestehe. Lediglich ein Befragter gab an, dass er sich weitere Informationen zur Transportstudie wünschen würde.

In Gorleben wurden die Informationen des BfS von den Stakeholdern mehrheitlich als wenig glaubwürdig angesehen, so dass sich aus den Gesprächen keine Themen ableiten ließen.

Die Stakeholderbefragung zeigt, dass Akteure, die sich entweder lange Zeit oder sehr intensiv mit einem Standort befassen, das Themenspektrum bereits sehr gut kennen und ggf. nicht auf die Informationen des BfS angewiesen sind und/oder über

andere Informationswege verfügen und diese nutzen. Grundsätzlicher Informationsbedarf in zusätzlichen Themenfeldern wird daher nur vereinzelt geäußert.

3.1.3.4 Erreichbarkeit von Zielgruppen

In Gorleben wurden die Befahrungsgäste danach gefragt, wie sie von der Möglichkeit einer Grubenbefahrung erfahren haben. Dabei gaben über 79 % an, über Kontakte aus dem persönlichen Umfeld bzw. dem Arbeitsumfeld von dem Angebot zu wissen. Nur 20 % wussten davon durch die Öffentlichkeitsarbeit des BfS bzw. der Touristeninformation. Hier zeigt sich Potenzial im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit stärker auf das gerne genutzte Angebot der Befahrung zu verweisen.

Weiterhin ergaben die Befragungen, dass die Möglichkeit von Grubenbefahrungen für Besucher an den drei einbezogenen Standorten durchweg wesentlich mehr von Männern als von Frauen wahrgenommen wird. Gemäß unseren Ergebnissen aus /Öko-Institut 2011c/ beurteilen aber Frauen Informationen kritischer und haben auch ein höheres Informationsbedürfnis als Männer. Entsprechend sollte diese Zielgruppe ihrem Bedarf entsprechend berücksichtigt werden.

Im Hinblick auf die Altersstruktur ist festzustellen, dass jüngere Menschen (< 30 Jahre) eher weniger durch das Befahrungsangebot angesprochen wurden und sich auch in deutlich geringerem Maße an der Umfrage am Standort Asse beteiligten. Sie nutzen auch nur in geringem Umfang das Internet, um sich über die Standorte zu informieren. Hier besteht offensichtlich generell weniger Interesse an der Thematik.

3.1.3.5 Rolle der Medien

Die Befragungen der Befahrungsgäste in Morsleben und Salzgitter ergaben, dass als Informationsquellen überwiegend Radio, Fernsehen und regionale Tageszeitungen genutzt werden. Auch bei der Befragung am Standort Asse wurde überwiegend eine sehr bis eher häufige Verfolgung der Berichte zur Asse in den Medien im Vergleich zur Verfolgung von anderen Themen in den Medien angegeben. Die Befahrungsgäste in Morsleben und Salzgitter gaben außerdem zu etwa 70 % an, dass Interesse an weitergehenden Informationen vor allem dann bestünde, wenn in den Medien interessante Pressemeldungen erscheinen, was ebenfalls ein Hinweis auf die hohe Relevanz der Medien für die Informationsvermittlung an die allgemeine Öffentlichkeit darstellt.

Die Stakeholderbefragung ergab insbesondere an den Standorten Morsleben und Salzgitter Kritik an der Informationsvermittlung über die Medien, die sich sowohl auf die Medien selber als auch auf das BfS bezog. Hinsichtlich des BfS wurde eine zu passive Haltung in Bezug auf die Medien und in der Berichterstattung kritisiert, die konzeptlos wirke und Falschmeldungen aufgrund schlechter Information der Medien

befördere. Die Medien werden in erster Linie als skandalorientiert wahrgenommen. Entsprechend wird vermisst, dass das BfS in der Medienberichterstattung als aktiver Informationsgeber auftritt. Aufgrund der oben bereits genannten hohen Relevanz der Medien ist hier von einem Potenzial zum Ausbau der Informationsvermittlung an die Öffentlichkeit auszugehen.

Im Hinblick auf die Bereitstellung von Service für Journalisten zeigte sich, dass auf den Internetseiten zum Endlager Konrad und zur Asse kein solches Angebot bereitgehalten wird. Lediglich die Pressemeldungen sind jeweils verfügbar. Auf der Presseseite des BfS finden sich neben den Pressemeldungen auch Ansprechpartner mit Foto, Telefonnummer und E-mail-Adresse. Durch eine Zuordnung von Themenschwerpunkten zu den AnsprechpartnerInnen, Bereitstellung von Material für Journalisten wie Fotos, Kurz- und Hintergrundinfos etc. könnte eine bedarfsgerechtere Ansprache erreicht werden.

Als Beispiel für eine gezielte Journalistenansprache sei hier auf die Kategorie „Medien“ /Nagra 2011/ auf der Website der Nagra (www.nagra.ch) verwiesen, die neben Ansprechpartnern und Pressemeldungen u. a. auch Fotostrecken und kompakte Dossiers zu verschiedenen Themen bereitstellt.

3.1.3.6 Rolle anderer Akteure

Neben dem BfS bieten an den Standorten verschiedene andere Stakeholder Informationen für die Öffentlichkeit an. Die Befragungen ergaben unterschiedliche Informationsgeber, was z. B. bei der Stakeholderbefragung am Standort Asse als Beitrag zur Vertrauensbildung gewertet wurde.

Bei der Befragung der Befahrungsgäste lag der Fokus auf den Informationen des BfS. Lediglich bei der Frage nach der Nutzung von Informationsquellen wurde in den Fragebögen zu Morsleben und Salzgitter die Punkte „Informationsveranstaltungen anderer Akteure“ und „Sonstige“ zur Auswahl gegeben. Mit maximal 3 % wurden diese Punkte selten angegeben und standen meist im Zusammenhang mit einem beruflichen Hintergrund.

Die Stakeholderbefragungen und die in diesem Zusammenhang durchgeführten Akteursanalysen geben dagegen Hinweise, welche Akteure auch Informationsgeber an den jeweiligen Standorten sind.

Am Standort Asse wurden die Bürgerinitiativen und die Begleitgruppe Asse II als weitere Informationsgeber genannt. Alle Befragten sind Mitglied der Begleitgruppe. Der Begleitgruppe stehen insbesondere auch eigene Experten zur Verfügung und damit die Möglichkeit eigene Bewertungen durchzuführen. Außerdem wurden die Aktivitäten von Städten und Kommunen als positiver Beitrag zur Information der Öffentlichkeit gewertet.

Am Standort Morsleben erwiesen sich insbesondere die MitarbeiterInnen des ERAM als Multiplikatoren, die in ihr jeweiliges Umfeld als Informationsvermittler wirken. Als kritischer Informationsgeber wird außerdem der BUND zusammen mit der örtlichen Bürgerinitiative und ihren Experten genannt.

Für den Standort Gorleben kann aus der Stakeholderbefragung kein einheitliches Bild über Informationsgeber abgeleitet werden. Informationen über den Standort Gorleben sind aber sehr präsent und beispielsweise im Internet von verschiedenen Institutionen zu finden (z. B. Medien, Bürgerinitiativen, Greenpeace, BMU).

Am Standort Konrad wurde von den Befragten insbesondere die IG Metall als Informationsgeber identifiziert, die auch eigene Seminare und Veranstaltungen anbietet. Als Multiplikatoren in ihre jeweiligen Betriebe wirken außerdem die Betriebsräte und Vertrauensleute ortsansässiger Unternehmen wie VW-Salzgitter, Salzgitter AG, MAN usw. Auch die Bürgerinitiativen werden als Informationsgeber genannt. Aktivitäten entfalten auch verschiedene Gemeinden, sie werden von anderen Stakeholdern aber offensichtlich nicht als Informationsgeber wahrgenommen.

Als Informationsgeber nicht genannt werden die jeweiligen Landesbehörden und das BMU. Allerdings werden BMU und BfS von Stakeholdern verschiedener Standorte häufig als Einheit wahrgenommen. Die Landesbehörden treten weniger in den Vordergrund, was aufgrund ihrer Rolle als genehmigende Behörde von verschiedenen Befragten als angemessen empfunden wurde.

Am letzten Beispiel zeigt sich aber auch, wie sich Rollen ändern können. Am Standort Salzgitter ist das Genehmigungsverfahren abgeschlossen. Das hier zuständige NMU könnte also auch eine andere Rolle beispielsweise als Informationsgeber oder -vermittler übernehmen.

Auch bei den anderen Akteuren können sich die Rollen z. B. im Hinblick auf Informationsvermittlung verändern, neue Akteure können hinzukommen, andere wegfallen. Dem BfS sollten solche Veränderungen bekannt sein, insbesondere auch im Hinblick auf die Themen, über die Informationen bereitgestellt werden, und die jeweils angesprochenen Zielgruppen. Dies ist auch in sofern für das BfS von Interesse als Vertrauensbildung und Glaubwürdigkeit auf der Verfügbarkeit unterschiedlicher Informationsquellen beruht.

3.2 Kommunikation / Kommunikationswege

3.2.1 Allgemeine Rahmenbedingungen / Anforderungen

Dialog basiert auf dem gegenseitigen Austausch von Informationen und Einschätzungen. Gegenüber der Ein-Weg Information handelt es sich bei der Kommunikation um einen Zwei-Wege Austausch mit wechselnden Sender und Empfänger Rollen /NEA 2003/.

Damit Kommunikation zur Vertrauensbildung in Entscheidungsprozessen beiträgt, muss sie offen, transparent und glaubwürdig sein. Glaubwürdigkeit wird gefördert durch eine klare Rollenverteilung, Kompetenz, das Einbeziehen anderer Sichtweisen und das Offenlegen von Risiken, Unsicherheiten und Problemen /Öko-Institut 2011c/. Die Auseinandersetzung mit den Argumenten des Kommunikationspartners ist ein weiterer wichtiger Aspekt.

Kommunikation benötigt Zeit und ausreichende finanzielle Ressourcen. Wenn einem starren Zeitplan eine höhere Priorität als der Kommunikation eingeräumt wird, schadet das der Glaubwürdigkeit des Kommunizierenden /NEA 2003/.

Kommunikation sollte alle Akteure und Zielgruppen ansprechen. Entsprechend müssen geeignete Kommunikationspartner aus den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft identifiziert und für den Dialog interessiert werden. Sie sollen die Kommunikation in ihre jeweilige Organisation weitertragen (Multiplikatoren).

Kommunikationswege müssen etabliert werden. Sie benötigen eine klare Struktur und Regelmäßigkeit. Die Festlegung von Kommunikationsregeln sollte möglichst einvernehmlich durch die beteiligten Akteure oder durch einen neutralen Moderator erfolgen.

3.2.2 Status Quo hinsichtlich Kommunikation

Im Hinblick auf Kommunikationsmöglichkeiten und Kommunikationswege mit Stakeholdern herrschen an den Standorten sehr unterschiedliche Bedingungen.

Am Standort **Asse** existiert seit 2008 ein Begleitprozess, der eine sehr intensive Kommunikation zwischen Bürgerinitiativen, Verbänden, Parteien, Kommunen und dem BfS, der Asse GmbH sowie den zuständigen Behörden ermöglicht. Ein vergleichbares Instrument findet sich an keinem der anderen Standorte. Kommunikation zwischen Stakeholdern und dem BfS findet an den drei anderen Standorten ausschließlich unsystematisch statt und basiert auf der Initiative von Einzelpersonen.

In **Salzgitter** findet zwischen dem BfS und den kritischen Stakeholdern vor Ort keine systematische und regelmäßige Kommunikation statt. Diese wird beispielsweise von den kritischen Akteuren auch nicht angestrebt. In **Morsleben** sind ebenfalls keine Kommunikationswege etabliert. Bei Bedarf erfolgt aber eine direkte Ansprache des BfS. Von Seiten der Umweltverbände und BIs besteht außerdem die Forderung nach einem Beteiligungsprozess.

Eine Sondersituation besteht in **Gorleben**. Etablierte Kommunikationsstrukturen zwischen BfS und Stakeholdern sind auch hier nicht vorhanden. Allerdings war zum Zeitpunkt der Befragungen (Mai 2010) seitens BMU die Aufnahme eines Dialogprozesses geplant /BMU 2010/, der aber noch nicht umgesetzt war. Im Rahmen der Stakeholderbefragung wurden verschiedene Vorschläge für einen Dialog- / Beteiligungsprozess unterbreitet, aber auch völlige Ablehnung geäußert. Verschiedene

Stakeholder vor Ort haben Bedingungen formuliert, als Voraussetzung für die Beteiligung an einem Dialogprozess. Bisher steht die Initiierung des Dialogprozesses noch aus. Derzeit fokussiert sich das BMU offensichtlich auf die Entwicklung einer gesetzlichen Grundlage für „ein Verfahren zur Ermittlung allgemeiner geologischer Eignungskriterien und möglicher alternativer Entsorgungsoptionen“ /BMU 2011/. Insofern haben sich die Randbedingungen am Standort Gorleben gegenüber dem Status Quo während der Befragungen verändert, wobei die zukünftigen Bedingungen noch nicht klar umrissen sind.

Im Hinblick auf die Öffentlichkeit existieren Anknüpfungspunkte zur Kommunikation mit dem BfS in den Infostellen der Standorte, bei Informationsveranstaltungen und soweit am Standort eingesetzt, durch das Infomobil. Etablierte Dialogstrukturen gibt es darüber hinaus nicht.

Für den Standort **Asse** ist auch aus anderen Projektzusammenhängen (siehe z. B. /Öko-Institut 2011d/) sowie aus den Medien bekannt, dass das Interesse der Öffentlichkeit an der Kommunikation z. B. im Rahmen von Informationsveranstaltungen groß ist. Entsprechende Veranstaltungen des BfS sind in der Regel gut besuchte Foren mit regen Diskussionsbeiträgen aus dem Auditorium.

Am Standort **Gorleben** äußerten die befragten Besucher des Bergwerks mehrheitlich Interesse an einem Dialog zur Endlagerung und zum Standort Gorleben. Besonders ausgeprägt war dieses Interesse bei Besuchern, die aus der Region (30 km Radius um den Standort) kommen.

Von den befragten Besuchern am Endlager **Konrad** wurde ebenfalls Interesse an einer stärkeren Einbeziehung geäußert, während sich am Standort **Morsleben** nur eine deutliche Minderheit der Befragten für einen intensiveren Austausch aussprach.

3.2.3 Analyse der Kommunikationsmaßnahmen des BfS

Am Standort Asse verfolgt das BfS eine sehr aktive Kommunikationsstrategie, die vor allem auf seiner Rolle in der Begleitgruppe Asse II und in der Arbeitsgruppe Optionenvergleich, dem Expertengremium, das die Stilllegung der Asse begleitet, basiert. Neben dem direkten Austausch mit zentralen Stakeholdern haben diese Gremien, insbesondere die Begleitgruppe, auch eine sichtbare Wirkung in die allgemeine Öffentlichkeit, die sowohl über den persönlichen Austausch als auch über Medien und Veranstaltungen erfolgt.

Vergleichbare Einrichtungen sind an den anderen Standorten nicht vorhanden.

An allen Standorten findet außerdem an den Infostellen und bei Grubenbefahrungen eine Kommunikation mit Personen der interessierten Öffentlichkeit statt, da diese dialogorientiert konzipiert sind und den Besuchern Möglichkeiten zum Austausch mit den jeweiligen BfS-Mitarbeitern und –Mitarbeiterinnen vor Ort bieten.

Weiteres Optimierungspotenzial im Bereich der Kommunikation wird in der nachfolgenden Analyse herausgearbeitet.

3.2.3.1 Kommunikation mit Stakeholdern

Am Standort **Asse** bewerten die Stakeholder die Kommunikationsmöglichkeiten über die Begleitgruppe als sehr positiv. Hier kommen die Beteiligten zusammen und können relevante Themen platzieren und sachgerecht diskutieren. Es werden aber auch Möglichkeiten für strukturelle Verbesserungsmöglichkeiten gesehen. Beispielsweise konnten sich einige Befragte eine Ergänzung der Begleitgruppe durch themenbezogene Arbeitsgruppen vorstellen, in denen Einzelthemen vertieft werden könnten. Überwiegend bestand der Wunsch, den Begleitprozess parallel zu einem formalen Verfahren fortzusetzen. Hier wird die Möglichkeit gesehen, beispielsweise durch Meinungsbildung und Feedback die Entscheidungsfindung zu beeinflussen und die Ermessensspielräume auszunutzen.

Für die Region **Morsleben** ergab die Stakeholderbefragung bei einigen Befragten einen Bedarf an zusätzlichen Kommunikationsmöglichkeiten. Als Beispiel wurde die Begleitgruppe Asse II genannt. Andere Stakeholder sahen keinen zusätzlichen Bedarf. Positiv beurteilt wurde, dass Veranstaltungen von Kritikern mit Vertretern des BfS und/oder anderen Behörden durchgeführt wurden. Diese Vorgehensweise signalisiert Dialogbereitschaft der Akteure und sollte in jedem Fall beibehalten werden. Die Aktivitäten in der Region Asse haben außerdem gezeigt, dass sich Veranstaltungen verschiedener Initiatoren auch sinnvoll ergänzen können. So sind dort beispielsweise sowohl das BfS als auch die Begleitgruppe und die Bürgerinitiative als Initiator von Informations- und Diskussionsveranstaltungen aufgetreten. Entsprechend wäre es für das BfS denkbar auch an anderen Standorten das Angebot anderer Organisationen zu ergänzen.

Am Standort **Gorleben** sind die Voraussetzungen für die Initiierung organisierter Kommunikationsstrukturen schwierig. Dies ist vor allem in den politischen Auseinandersetzungen um den Standort und die Thematik sowie in den historischen Entwicklungen begründet. Auch der derzeit unklare Status hinsichtlich des vom BMU initiierten und derzeit ruhenden Forum Endlagerdialog (FED) und des „Gorleben Dialogs“ erschweren die Implementierung neuer Kommunikationsstrukturen. Gleichwohl ist es für die Wahrnehmung des BfS in der Region wichtig, die Kommunikation mit zentralen Stakeholdern zu suchen, um Offenheit und Transparenz hinsichtlich seiner Aktivitäten am Standort zu zeigen. Dies gilt umso mehr, als die im Prozess „Gorleben-Dialog“ geplante Begleitung der Erkundungsarbeiten (noch) nicht implementiert wurde.

Wenn seitens des BfS Kommunikationsmaßnahmen in Gorleben gestartet werden, sollten zuvor die Ziele der Kommunikation eindeutig definiert werden, um sie einerseits gegenüber den angesprochenen Stakeholdern zu erläutern und um anderer-

seits auch den mit Informations- und Kommunikationsaufgaben betrauten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des BfS Richtungssicherheit in ihrer Arbeit zu geben.

Aufgrund der starken Polarisierung der Stakeholder in der Region Gorleben sind von den verschiedenen Gruppen und Institutionen sehr unterschiedliche Reaktionen auf Kommunikationsangebote zu erwarten. Entsprechend ist davon auszugehen, dass unterschiedliche Kommunikationsstrategien erforderlich sind, die sowohl auf einer Gruppen/Institutionen bezogenen Ansprache als auch auf Personen bezogenen Kontakten basieren können. Strategien und Ziele der Kommunikation können in einem iterativen Prozess unter Berücksichtigung der Stakeholderreaktionen weiterentwickelt werden.

Am Standort **Salzgitter** sehen sich die kritischen Akteure gemäß der Stakeholderbefragung nach wie vor im Widerstand zum Endlager Konrad und zum BfS. Wege für eine institutionalisierte Kommunikation wie beispielsweise ein regelmäßiger „runder Tisch“ werden von keiner Seite gesucht oder angeboten. Ein Bedarf für Dialog zur Begleitung des Ausbaus und des Betriebs des Endlagers Konrad wird überwiegend nicht gesehen, obwohl diese Aktivitäten die Region über Jahrzehnte beeinflussen werden. Die Befragten gaben nur vereinzelt an, Interesse an einer Einbindung in den aktuellen Stand der Arbeiten, Planungen, Konzepte usw. zu haben. Um die Region wieder zusammenzuführen und zu stärken, sollten die verschiedenen Akteure ins Gespräch kommen. Im Hinblick auf das fehlende Vertrauen in das BfS könnten auch andere Akteure, die möglicherweise eine höhere Glaubwürdigkeit genießen, einen Dialog anstoßen und führen. Das BfS könnte die Rolle übernehmen, potenziell geeignete Akteure anzusprechen und eine Diskussion über mögliche Dialogansätze in Gang zu setzen.

3.2.3.2 Kommunikation mit der Öffentlichkeit

Kommunikation zwischen BfS und der Öffentlichkeit ist an allen Standorten im Wesentlichen an die zur Information genutzten Maßnahmen gekoppelt. Die Informationsangebote wie Infoveranstaltungen, Infostelle oder Infomobil sind so ausgerichtet, dass sie auch Diskussionsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit bieten.

Die Info-Teams sehen sich beispielsweise nicht nur als Informationsvermittler, sondern stehen den Besuchern auch zur Diskussion zur Verfügung. So erfolgt im Rahmen jeder Befahrung auch eine Abschlussdiskussion, in der thematische Fragestellungen erörtert werden können / sollen. Diese Diskussionen werden nach Auskunft der Info-Teams abhängig von der jeweiligen Besuchergruppe unterschiedlich intensiv geführt. Nicht bekannt ist, inwieweit Anregungen und Kritik aus den Diskussionen an die Fachabteilungen des BfS weiter geleitet werden. Dies wäre eine Voraussetzung, um die Infostellen beispielsweise als Kommunikationszentren für die Öffentlichkeit zu nutzen.

Die Infostellen könnten darüber hinaus weitere Angebote etablieren, um den Dialog mit der Öffentlichkeit zu fördern. Die Auswertung von Fallstudien /Öko-Institut 2011b/ gibt dazu Anregungen. So könnten beispielsweise Bürgersprechstunden mit Experten zu bestimmten Themen angeboten werden.

Ein Beispiel für die Entwicklung von Kommunikation ist bei der Infostelle in Morsleben zu finden. Auf Initiative eines Mitarbeiters stellt die Infostelle ihre Räumlichkeiten für Veranstaltungen beispielsweise der örtlichen Vereine zur Verfügung und ist so gleichzeitig „Kulturzentrum“ für die Region. Diese zusätzliche Nutzung ist über die Zeit gewachsen und bietet Anknüpfungspunkte zum Dialog und für die Region Identifikationsmöglichkeiten mit dem Projekt.

3.2.3.3 Personengebundene Kommunikation

Im Kapitel 3.1.3 wurde bereits auf das vom BfS vorgesehene dialogorientierte Konzept zur Gestaltung der Infostellen hingewiesen. Da die dialogorientierten Instrumente wie 3D-Modell und Kaffeebar mit elektronischen und interaktiven Medien um die Aufmerksamkeit der Besucherinnen und Besucher konkurrieren, ist ein besonderes Geschick bei der Ansprache durch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vor Ort erforderlich. Es ist daher jeweils zu prüfen, ob bei der Einführung neuer Instrumente oder Konzepte in den Infostellen unterstützende Maßnahmen (z. B. Schulungen) für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vor Ort erforderlich sind, damit die Instrumente die gewünschte Wirkung möglichst optimal entfalten können.

Für das Endlager Konrad wurde auf der Internetseite www.endlager-konrad.de ein so genanntes Bürgerforum etabliert, das vom Team der Infostelle betreut wird. Es soll der interaktiven Diskussion dienen. Der Zuspruch ist mit 24 Einträgen (Stand: Juli 2011) in drei Jahren allerdings sehr gering. Zudem beziehen sich die meisten Einträge insbesondere der letzten beiden Jahre auf durchgeführte Grubenbefahrungen für Besucher, so dass das Angebot mehr als Gästebuch denn als Diskussionsforum genutzt wird. Ein Eintrag bringt auch die Verwunderung über die wenigen Einträge zum Ausdruck. Die Antwort:

„Es ist richtig, dass in unserem Bürgerforum wenige Einträge vorhanden sind. Das liegt allerdings nicht an der „Strenge“ unserer Redaktion, sondern vielmehr daran, dass Bürgerinnen und Bürger unser Forum wenig als Plattform nutzen.“ Antwort Info-Team vom 30.08.2009.

Offensichtlich ist das Bürgerforum am Standort Konrad in der derzeitigen Situation einer gespaltenen Region kein geeignetes Kommunikationsmedium. Hier sind sicherlich zunächst personengebundene Dialogmöglichkeiten zu etablieren, um Vertrauen zu entwickeln. Die Internetplattform könnte dann eine Ergänzung des personenbezogenen Dialogs darstellen. Eine Optimierung wäre hier, dem Bürgerforum „ein Gesicht zu geben“. Dies könnte ein mit Foto und Name ansprechbarer Modera-

tor / Moderatorin sein, der Fragen, Diskussionsbeiträge etc. entgegennimmt und an ebenfalls benannte Experten weiterleitet.

Ein Beispiel, das die Personen hinter einer Internetplattform sichtbar macht, ist unter www.naturpur-award.de zu finden. Die Seite richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene, die an einem Forschungswettbewerb zu Themen wie Nachhaltigkeit, Energieeffizienz, erneuerbare Energien usw. teilnehmen und / oder diesbezüglich diskutieren wollen. Unter der Rubrik Diskussionen finden sich zu verschiedenen Themengebieten namentlich genannte Experten mit Foto und beruflichem Profil mit denen interaktiv eigene Ideen usw. diskutiert werden können.

3.3 Partizipation / Austausch

3.3.1 Allgemeine Rahmenbedingungen / Anforderungen

Der Teilnahme an partizipativen Prozessen wird von Stakeholdern in der Regel ein hoher **Stellenwert** beigemessen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Möglichkeiten zur Gestaltung des geplanten Projekts gesehen werden /Öko-Institut 2011b/. Die Bereitschaft zur Beteiligung steigt somit, wenn klar ist, dass Einflussmöglichkeiten auf relevante Entscheidungen bestehen und sinkt entsprechend, wenn der Eindruck entsteht, dass die zentralen Entscheidungen bereits getroffen wurden oder durch den Partizipationsprozess nicht beeinflusst werden können.

Bei der **Ermittlung der potenziell Betroffenen** werden in der Endlagerung oftmals geographische Kriterien (z. B. Berücksichtigung der Gemeinden, die im potenziellen Bereich der über- oder untertägigen Anlagen liegen) als Basis verwendet. Über ergänzende Kriterien, z. B. eine enge wirtschaftliche Verknüpfung mit den Gemeinden in der unmittelbar betroffenen Region, kann eine Ausweitung der einbezogenen Region erfolgen. Bei zunehmender Eingrenzung im Rahmen der Standortfestlegung von einer potenziellen Region auf einen potenziellen Standort kann ggf. eine Fokussierung der einzubeziehenden Region erfolgen. Außerdem kommen in einigen Projekten Regelungen zur Einbeziehung von überregional tätigen Naturschutz- oder anderen Verbänden oder Bürgerinitiativen zur Anwendung /Öko-Institut 2011b/.

Die Regelungen zur Ermittlung der Betroffenen im Hinblick auf die Partizipation gelten in der Regel nicht im Kontext von Ausgleichszahlungen und Kompensation sondern werden dort neu definiert.

Einige **grundsätzliche Voraussetzungen für einen Partizipationsprozess** werden sowohl in Fallstudien als auch in verschiedenen Forschungsarbeiten bestätigt (siehe z. B. /Öko-Institut 2007b/, /CARL 2008/, /Schenkel 2009/. Dazu gehören:

- Klare Rollentrennung,
- Klare und angemessene Aufgaben des Betreibers in dem Prozess,

- Eindeutig definierte Verfahrensschritte,
- Von allen Beteiligten geteilte Ziele des Beteiligungsprozesses.

In der Regel kann und sollte es nicht die Aufgabe des Betreibers sein, die Leitung in einem Beteiligungsprozess zu übernehmen, da er naturgemäß das Interesse verfolgt, das Endlagerprojekt zu realisieren, und ihm damit keine neutrale Position zukommt.

Die **Bereitschaft von Stakeholdern**, an einem Beteiligungsprozess teilzunehmen, hängt einerseits von den Randbedingungen des Beteiligungsprozesses selber ab, die u. a. die Offenheit des Ergebnisses innerhalb der vereinbarten Bandbreite, die Chancengleichheit aller Beteiligten und ausreichende Ressourcen umfassen. Eine frühzeitige Implementierung eines Beteiligungsprozesses in der frühen Planungsphase unterstützt wesentlich die Einhaltung dieser Bedingungen /Öko-Institut 2007a/. Andererseits sind auch die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in die zentralen Akteure des Endlagerprojekts zentrale Voraussetzungen, ohne die eine Teilnahmebereitschaft nicht oder nur bedingt zu erreichen ist. Dies schließt in Endlagerprojekten auch die Realisierung von Beteiligungsmöglichkeiten auf der nationalen Ebene, in der Phase der Planung des Prozesses und der Festlegung der Kriterien für Standortauswahl und –bewertung ein.

Allerdings ist - auch unter günstigen Randbedingungen - damit zu rechnen, dass einzelne Stakeholder sich nicht an einem institutionalisierten Partizipationsprozess beteiligen wollen. Ursachen können beispielsweise darin liegen, dass dem unabhängigen Agieren und Auftreten der eigenen Institution Vorrang vor der Teilnahme in einem organisierten Prozess gegeben wird, oder dass die vorgesehene Einbeziehung des Beteiligungsgremiums in die Entscheidungsfindung als zu weitreichend oder aber als unzureichend empfunden wird. Standardisierte Methoden zum Umgang mit Nicht-Teilnahme an Partizipationsmaßnahmen bestehen nicht. Negative Auswirkungen auf die Wirksamkeit der Partizipationsmaßnahme sind insbesondere dann zu erwarten, wenn die Gruppen oder Institutionen, die die Teilnahme an einem Beteiligungs- oder Dialogprozess verweigern, relevante Meinungsträger oder Multiplikatoren in der Region sind /Öko-Institut 2011b/.

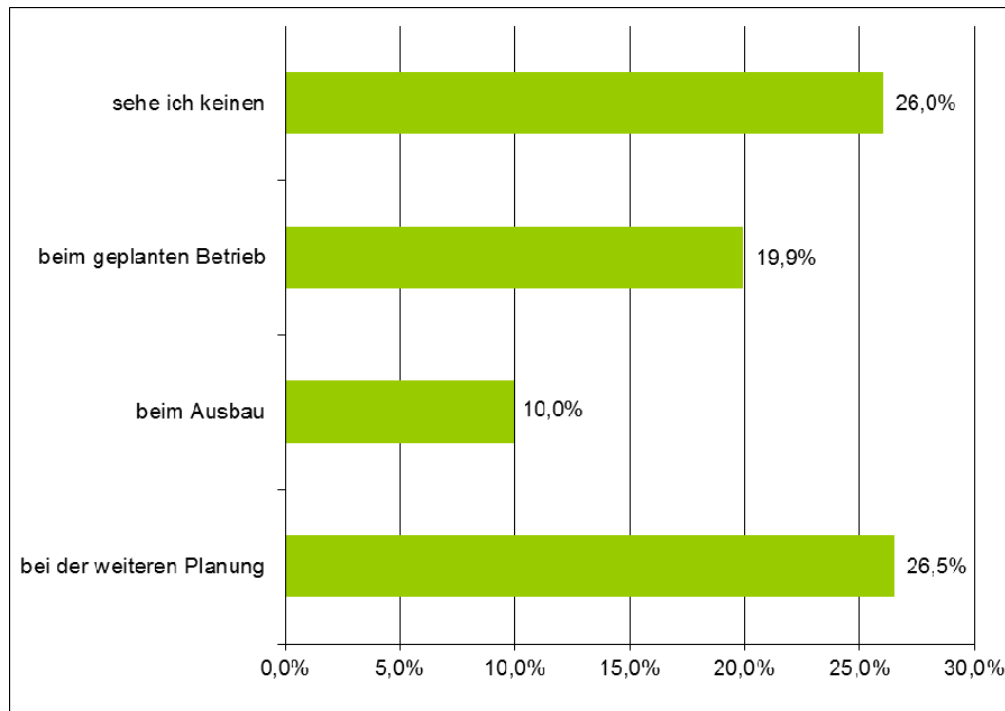
3.3.2 Status Quo hinsichtlich Partizipation

Die Voraussetzungen und Randbedingungen für die Initiierung und Umsetzung von Beteiligungsmaßnahmen sind an den vier untersuchten Standorten mit endlagerbezogenen Aktivitäten in Deutschland sehr unterschiedlich.

Am Standort **Konrad** bestehen derzeit für Stakeholder oder Öffentlichkeit keine Möglichkeiten zur Partizipation bei der Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses. Die Befragungen ergaben bezüglich des Wunsches nach der Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten eine große Diskrepanz zwischen den Rückmeldungen der Stakeholder (keine Partizipation) und den Ergebnissen aus der Befragung der

Öffentlichkeit, wo nur 26 % keinen Bedarf zur Beteiligung sehen und die Mehrheit Partizipationsmöglichkeiten wünscht, wie aus Abbildung 2 zu entnehmen ist.

Abbildung 2: Ergebnisse der Befragung der Öffentlichkeit am Standort Salzgitter zur Fragestellung „Wo würden Sie sich mehr öffentliche Beteiligung im Zusammenhang mit dem Endlager Konrad wünschen?“



Fehlende zu 100 %: keine Angaben

Quelle: Öko-Institut e.V. in /Öko-Institut 2011a/

Möglichkeiten oder Ansätze, wie diesem Wunsch nach Partizipation nachgekommen werden könnte, bestehen in der Region noch nicht. Die Situation ist z. Z. durch stark verfestigte Meinungen seitens verschiedener Stakeholder, erhebliches Misstrauen gegenüber dem BfS und geringe verbleibende Entscheidungsspielräume gekennzeichnet.

In **Morsleben** ist mit dem bevorstehenden für das vierte Quartal 2011 geplanten Erörterungstermin die Möglichkeit der formalen Partizipation an der Entscheidung über die Gestaltung des Stilllegungskonzepts gegeben.

Hinsichtlich darüber hinaus gehender informeller Maßnahmen der Beteiligung waren die Wünsche der Stakeholder eher uneinheitlich. Einige Befragte äußerten den Wunsch nach der Einrichtung einer Begleitgruppe, die wiederum von anderen als nicht notwendig angesehen wurde. Allerdings stand auch bei den Befürwortern eines solchen Gremiums nicht der Wunsch nach direkter Mitsprache im Vordergrund

sondern eher der direkte, institutionalisierte Austausch über aktuelle Entwicklungen und Erkenntnisse. Die befragten Personen der Öffentlichkeit lehnten Beteiligungsmöglichkeiten bei der Schließung des Endlagers Morsleben mit großer Mehrheit ab. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass dies auf eine ablehnende Haltung oder Misstrauen gegenüber dem BfS zurückzuführen wäre, da beispielsweise den Maßnahmen des BfS mehrheitlich gute Bewertungen erteilt wurden und auch überwiegend keine Befürchtungen hinsichtlich der Stilllegung des ERAM genannt wurden.

In **Gorleben** formulierten die Gegner des Projekts teilweise klare Bedingungen für eine Bereitschaft zur Partizipation (siehe dazu im Einzelnen /Öko-Institut 2010/, Kap. 5.3.3), die z. T. grundsätzliche Änderungen der politischen Randbedingungen erfordern würden. Andererseits zeigen auch die stockenden Bemühungen seitens der Bundesregierung, dass die Realisierung zielführender Beteiligungsinstrumente in der Region unter den historischen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen problematisch ist. Seit der Ankündigung entsprechender Maßnahmen in einer Pressemitteilung des BMU im März 2010 /BMU 2010/ ist die Implementierung konkreter Maßnahmen nicht in Sicht.

Seit der Durchführung der Stakeholder- und Öffentlichkeitsbefragungen haben sich die politischen Bedingungen für die Auswahl eines Standorts für ein Endlager für Wärme entwickelnde Abfälle deutlich verändert. Die Wahrscheinlichkeit der Aufnahme eines bundesweiten vergleichenden Auswahlverfahrens ist deutlich gestiegen, was beispielsweise entsprechende Festlegungen im Koalitionsvertrag der Grün-Roten Landesregierung Baden-Württembergs /Ba-Wü 2011/ oder folgende Agentur-Meldung über Äußerungen des niedersächsischen Ministerpräsidenten verdeutlichen:

„McAllister appellierte an alle Bundesländer, nach einem geeigneten Endlager zu suchen. „Alle Bundesländer sollten sich jetzt in der Standortfrage einbringen“, so der Regierungschef. Alle Regionen seien gefordert. Er lobte dabei die Regierungen in Bayern und Baden-Württemberg. "Es ist gut, dass meine Kollegen Horst Seehofer und Winfried Kretschmann in Süddeutschland bereit sind, bei der Suche konstruktiv mitzuwirken.““ /dpda 2011/

Außerdem hat die Bundesregierung die Vorlage eines Entsorgungsgesetzes bis Ende diesen Jahres angekündigt, das Vorgaben „zur Ermittlung allgemeiner geologischer Eignungskriterien und möglicher alternativer Entsorgungsoptionen“ machen soll /BMU 2011/. Damit ist derzeit offen, welche Rolle der Standort Gorleben zukünftig spielen wird und welche partizipativen Elemente national und regional die zukünftigen Maßnahmen zur Standortfestlegung sinnvoll begleiten könnten.

Die Maßnahmen zur Stakeholderpartizipation zur Stilllegung des Endlagers **Asse** werden sowohl am Standort selber als auch an den anderen Standorten mit endlagerbezogenen Aktivitäten überwiegend positiv eingeschätzt. Das BfS hat hier einen engen und kontinuierlichen Austausch sowohl mit den Vertretern der Öffentlichkeit

als auch mit den Experten deren Vertrauens aufgebaut, der über die Phase der Optionenauswahl hinaus Bestand hat. Eine detaillierte Analyse dieses Prozesses sowie Empfehlungen für die weitere Ausgestaltung finden sich in /Öko-Institut 2011d/.

3.3.3 Analyse der Partizipationsmöglichkeiten

Anders als in den Bereichen Information und Kommunikation sind bei der Schaffung und Umsetzung von Möglichkeiten zur Partizipation neben dem BfS auch das BMU und die jeweilige Planfeststellungsbehörde des Landes als zentrale Akteure zu berücksichtigen. Eine hauptsächlich auf die Aktivitäten des BfS zugeschnittene Analyse der Partizipationsmöglichkeiten ist daher nicht zielführend. Entsprechend beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen jeweils auf die Gesamtsituation und nehmen da, wo es sinnvoll ist, explizit Bezug auf (mögliche) Aktivitäten des BfS.

Eine zentrale Rolle hat das BMU insbesondere an den Standorten Asse und Gorleben, die auch von erheblichem überregionalem Interesse sind und politische Bedeutung und Aufmerksamkeit haben. Entsprechend ist das BMU an diesen Standorten ein zentraler Akteur hinsichtlich der Planung und Durchführung von partizipativen Maßnahmen.

Um ihre Neutralität im Planfeststellungsverfahren zu wahren, sind die Genehmigungsbehörden in Deutschland in der Regel eher zurückhaltend, hinsichtlich der Wahrnehmung einer aktiven Rolle in informellen Beteiligungsmaßnahmen vor oder während des laufenden Verfahrens.

Wenn Beteiligungsmöglichkeiten z. B. zur Frage der konkreten Ausgestaltung von Infrastruktureinrichtungen nach Abschluss eines Planfeststellungsverfahrens erwogen werden, besteht allerdings die Möglichkeit, die Rollen der zentralen Akteure in der Interaktion mit der Öffentlichkeit und den Stakeholdern zu prüfen und ggf. neu zu ordnen. Hier wäre auch eine aktivere Rolle der Planfeststellungsbehörde denkbar. Dies gilt derzeit für den Standort Salzgitter.

Die Planung und Durchführung von Partizipationsprozessen erfordert eine enge Abstimmung der beteiligten Ministerien und des BfS, um die Rollen klar zu definieren, Widersprüche so weit möglich zu vermeiden und gegenüber der Öffentlichkeit nachvollziehbar und transparent zu agieren.

Am Standort **Asse** hat das BfS eine zentrale Rolle sowohl in der Begleitgruppe Asse-II als auch in der Arbeitsgruppe Optionenvergleich. Im bisherigen Beteiligungsprozess ist es dem BfS weitgehend gelungen, den Beteiligten zu vermitteln, dass es die Empfehlungen der Gremien in seinen Entscheidungen zum weiteren Vorgehen so weit möglich und sinnvoll berücksichtigt. Eine detaillierte Auswertung des Beteiligungsprozesses sowie Hinweise auf Verbesserungspotenzial sind in /Öko-Institut 2011d/ enthalten.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Befragungen der interessierten Öffentlichkeit und im Hinblick auf die noch viele Jahre andauernde Errichtungs- und Betriebszeit des **Endlagers Konrad**, sollte der Versuch unternommen werden, mit wichtigen Stakeholdern in Kontakt zu treten bzw. bestehende Kontakte aufrecht zu erhalten. Die Implementierung institutionalisierter Strukturen zum regelmäßigen Austausch mit Stakeholdern könnte die Möglichkeit eröffnen, wichtige Entwicklungen während der Errichtung und des Betriebs im direkten Kontakt zu vermitteln. Da im Vergleich zu Projekten, die sich noch in der Planungsphase befinden, nur noch eine vergleichsweise geringer Entscheidungsspielraum besteht, ist ein sorgfältiger Abgleich von Erwartungen und Zielen, die mit einem Dialogprozess verfolgt werden sollen, erforderlich. Insofern ist derzeit nicht absehbar, ob ein solcher Austausch auch Möglichkeiten zur Partizipation mit einschließen kann und soll, oder ob es sich letztendlich eher um ein Instrument des Dialogs (vgl. Kapitel 3.2) oder der Kooperation (vgl. Kapitel 3.4) handeln könnte.

Für die weiteren Aktivitäten in diesem Zusammenhang kann es auch von Bedeutung sein, die Aufgaben und Rollen der wesentlichen beteiligten Institutionen (BfS, BMU, NMU) zu prüfen und ggf. neu zu definieren, um die Veränderungen bewusst zu machen, die sich mit dem rechtsverbindlichen Erlass des Planfeststellungsbeschlusses ergeben haben. Da dem BfS von zentralen Stakeholdern der Region kein oder nur geringes Vertrauen entgegengebracht wird, sollte in diesem Zusammenhang auch ausgelotet werden, ob das NMU oder eine neutrale externe Person und Institution die Rolle des Initiators und ggf. Prozessführers in einem institutionalisierten Austausch übernehmen kann. Dies könnte das Vertrauen der Stakeholder in einen solchen Prozess erhöhen.

Im Verfahren zur Stilllegung des **ERAM** stellt der anstehende Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren zur Stilllegung einen Meilenstein dar. Insofern sollten Anlass und Ziele von Maßnahmen zur Intensivierung des Austauschs zwischen Betreiber und Stakeholdern besonders klar erläutert werden, damit sie nicht ggf. als Einflussnahme im Vorfeld des Erörterungstermins interpretiert werden. Da zumindest ein Teil der Stakeholder einen Bedarf an der Implementierung regelmäßiger Dialogmöglichkeiten äußert, erscheint es sinnvoll, diesen Ansatz zur Erhöhung der Transparenz und zur Reflektion von Bedenken und Anregungen der Stakeholder aktiv zu verfolgen. Aufgrund der Erkenntnisse aus den Befragungen ist davon auszugehen, dass nicht die Partizipation im Sinne einer Mitentscheidung das wesentliche Anliegen der Stakeholder sein wird. Eher könnten ein regelmäßiger Austausch in institutionalisierten Kommunikationsstrukturen oder Kooperationsmodellen ein möglicher Ansatz sein.

Falls sich die im Status Quo skizzierten Hinweise auf die Aufnahme eines mehrere Standorte umfassenden Standortauswahlverfahrens für ein Endlager für Wärme entwickelnde Abfälle realisieren, wäre auch die Frage nach der Umsetzung partizipativer Instrumente auf der nationalen und der regionalen Ebene der potenziell be-

troffenen Standorte neu zu beantworten. Entsprechende Konzepte für die Gestaltung partizipativer Verfahren liegen vor (vgl. z. B. /Öko-Institut 2007/). Die Voraussetzungen für die Implementierung partizipativer Prozesse wären in diesem Fall als erheblich günstiger einzuschätzen als bei einer Fortsetzung der Fokussierung auf **Gorleben**, da die Stakeholder in den potenziellen Standortregionen bereits frühzeitig während der Planungsphase in den Prozess einbezogen werden könnten.

Auch für den Fall der Weitererkundung des Standorts Gorleben ohne die Einbeziehung alternativer Standorte liegt mit /Hocke et.al. 2010/ ein Konzept vor. Zentraler Akteur wäre in diesem Konzept das BMU, das sich verschiedener unterstützender Akteure bedienen müsste. Der in dem Konzept empfohlene Zeitplan für die Realisierung der ausgeführten Maßnahmen ist allerdings seit Langem überschritten.

3.4 Kooperation

3.4.1 Allgemeine Rahmenbedingungen / Anforderungen

Kooperationsbeziehungen gründen sich auf dem freiwilligen Zusammenwirken von einzelnen Akteuren, Gruppen oder Institutionen. Kooperationen können auch zu einer Vernetzung der Beteiligten führen, wenn sich diese zu einer weitergehenden oder regelmäßigen Zusammenarbeit (Kollaboration) entschließen und entsprechende Strukturen aufgebaut werden /Gabler 2009/.

Es ist nicht in jedem Fall davon auszugehen, dass das BfS eine Kooperation von Akteuren initiieren muss. Im Gegenteil wird man i.d.R. auf existierende Strukturen treffen, die von gesellschaftlichen Akteuren – mit teilweise unterschiedlicher Zielstellung - gegründet und gepflegt werden. Die Handlungsstrategie unabhängiger gesellschaftlicher Akteure kann es sein, einen fachlichen oder strategischen Austausch zu pflegen, zu dem der Zugang des Betreibers explizit **nicht** gewünscht oder erwartet wird.

Im Falle fehlender Kooperationen kann es für interessierte Gruppen und Einzelakteure dagegen vorteilhaft sein, das optionale Angebot der infrastrukturellen und organisatorischen Unterstützung durch das BfS – oder eines Intermediärs - anzunehmen und gemeinsam zum Aufbau einer neuen Vernetzung zu nutzen.

Werden durch das BfS beispielsweise Veranstaltungen oder Workshops zum Informationsaustausch angeboten, kann dies als Ausgangspunkt für weitere kooperative Aktivitäten und eine Verstetigung der Zusammenarbeit genutzt werden.

Die weitestgehende Strategie wäre es, wenn sich zivilgesellschaftliche Akteure mit dem BfS auf der Basis von Kooperationen verbinden und eine gemeinsame Konzeptentwicklung realisieren. Dies würde auch eine gemeinsame Zielentwicklung beinhalten, die von allen Beteiligten eine große Flexibilität erfordert, andererseits

aber auch den Vorteil eines langfristigen Aufbaus von Vertrauen und Transparenz zwischen den unterschiedlichen Beteiligten ermöglicht.

Als zentrale Voraussetzung für den Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen verschiedenen Akteursgruppen einerseits - aber auch mit dem BfS und politischen Entscheidern andererseits - steht die Bereitschaft aller jeweils Beteiligten, sich überhaupt auf einen entsprechenden Austausch bzw. Kooperationsprozess einzulassen. Es ist u. a. wichtig zu erfahren, was die potentiellen Teilnehmer unter Kooperation verstehen würden und was sie sich für ihre eigenen Ziele von einem Austausch erwarten (Klärung von Funktion und Rollen). Die Bestandsaufnahme kann einhergehen mit den Vorbereitungen zur Entwicklung von Kommunikationsstrategien und Öffentlichkeitsarbeit.

Neben der Status-quo- und Akteursanalyse ist eine genaue Zielbeschreibung erforderlich. Zur Bestimmung der Rahmenbedingungen dient die Klärung, was mit einem neuen kooperativen Impuls angestoßen und erreicht werden soll. Dient die Aktivität der Unterstützung bestehender Strukturen oder müssen Strukturen neu aufgebaut werden. Daneben spielt die Zeitperspektive eine wichtige Rolle: welchen Zeithorizont hat man im Blick und handelt es sich um eine kurzfristige resp. zeitlich begrenzte Zusammenarbeit oder um einen längeren mehrjährigen Prozess? Von der Beantwortung dieser Fragen ist wiederum abhängig, welche Art der Infrastruktur und organisatorischen Verfasstheit man wählen sollte (Arbeitsgruppen, Plattform, regelmäßige Foren oder keinerlei festgelegte Struktur).

In Abgrenzung zu Partizipationsaktivitäten sind die hier beschriebenen und diskutierten Zusammenhänge der Kooperation nicht unbedingt zielgerichtet auf ein Ergebnis orientiert, das in die konkrete Entscheidungsfindung in einem Projekt einfließt (z. B. bauliche oder organisatorische Gestaltung einer Anlage / eines Projektes). Es gibt zunächst auch keine wechselseitigen Verpflichtungen, vielmehr geht es um die Teilhabe an einem Informations- und Wissensaustausch von im Prinzip gleichrangigen Partnern bzw. Institutionen. In der Ausgestaltung von Kooperationen können einzelne Partner jeweils die Leitungs- / Koordinationsfunktion übernehmen, man spricht - im betriebswirtschaftlichen Kontext einer Wertschöpfungskette - dann von vertikaler anstatt von horizontaler Kooperation, vgl. /Hungenberg 2001/.

3.4.2 Status Quo hinsichtlich Kooperation

An den betrachteten Standorten sind funktionierende Kooperationen zwischen sehr verschiedenen Akteuren anzutreffen. Für Kooperationsbeziehungen im oben dargestellten Sinne (Kap. 3.4.1) sowie für deren Fortbestand und Pflege ist eine Beteiligung oder Unterstützung durch das BfS als aktiver Akteur nicht als grundsätzliche Voraussetzung anzusehen.

Es ist zu konstatieren, dass an den Standorten aufgrund der fachlichen, historischen und verfahrensbezogenen Gegebenheiten sehr unterschiedliche Vorbedingungen

und Erfahrungen mit Kooperationen zwischen lokalen und überregionalen Akteursgruppen bestehen.

In einer ersten groben Einordnung kann festgestellt werden, dass in **Morsleben** auf der lokalen Ebene eine gleichrangige Kooperation zwischen Betreiber und zivilgesellschaftlichen Akteuren besteht, über die regional verwurzelten MitarbeiterInnen und deren persönlichen Austausch bei kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten. Im Gegensatz dazu bleiben regionale und überregionale Umweltverbände hier bislang außen vor. Diese könnten sich eine stärkere Anbindung an die Angebote des BfS vorstellen.

Zur Organisation der Erhebung von Einwendungen im Planfeststellungsverfahren zur Stilllegung des ERAM haben sich Bürgerinitiativen aus allen Endlagerregionen standortübergreifend im Trägerkreis „Morsleben-Kampagne“ zusammengeschlossen (www.morsleben-kampagne.de). Dieser Zusammenschluss kann – obwohl zielgerichtet auf das formale Verfahren bezogen – auch als kooperative Vernetzung verstanden werden. Außerdem besteht nach Aussagen von Stakeholdern eine enge Verknüpfung der Bürgerinitiative mit den Umweltverbänden (BUND und Greenpeace) /Öko-Institut 2010/.

In **Gorleben** sind demgegenüber sowohl „horizontale“ wie auch „vertikale“ Formen der Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen zu finden, allerdings in deutlicher Abgrenzung zum Betreiber, auch wenn hier punktuell über einzelne Arbeitsgruppen (wie ehemals FED) Schnittpunkte gegeben sind. Kooperationen bestehen hier über einen langen Zeitraum des Widerstands gegen ein Endlager über den Zusammenschluss von sozial-kulturell geprägten Gruppen wie der Bäuerlichen Notgemeinschaft oder von Personen im Umfeld der evangelischen Kirche oder betroffener Grundbesitzer, die wiederum umweltpolitisch, künstlerisch oder gesellschaftlich engagierte Gruppen und Personen durch Aktionen vernetzen. Es erscheint in der momentanen politischen Konstellation wenig sinnvoll, wenn das BfS eigene Kooperationsangebote unterbreiten würde.

Die Situation in der Region **Salzgitter** zeigt ebenfalls vertikal und horizontal ausgeprägte Kooperationsstrukturen. Während sich einerseits eine starke Akteursgruppe (AG Schacht Konrad) prinzipiell kritisch ablehnend dem BfS gegenüber verhält, werden durch Infostelle und Veranstaltungen weitere Zielgruppen adressiert, die Informationsinteresse äußern und sich den Angeboten des BfS öffnen. Innerhalb der AG Schacht Konrad, die als eine Art Dachorganisation für die Bürgerinitiativen fungiert, kooperieren die einzelnen Bürgerinitiativen eng miteinander. Es gibt auch Kontakte zu Bürgerinitiativen der Standorte Asse und Morsleben. Für das BfS wären die einzelnen Akteure innerhalb der AG Schacht Konrad wichtige Kooperationspartner. Das Verhältnis ist derzeit jedoch schwierig, da von Seiten der Bürgerinitiativen kaum eine Kommunikationsbasis mit dem BfS gesehen wird. Als wichtige zentrale Einzelperson in der Kritikerszene agiert ein Landwirt, der auch als Kläger gegen Schacht Konrad aufgetreten ist.

Am Standort **Asse** werden Kooperationsbeziehungen derzeit institutionell über die Asse Begleitgruppe unterstützt, wo ein regelmäßiger Austausch mit allen relevanten Akteuren stattfindet. Innerhalb der Asse Begleitgruppe hat sich allerdings eine Untergruppe bestehend aus den regionalen, in der Begleitgruppe stimmberechtigten Vertretern gebildet, die sich zusätzlich zu einem regelmäßigen separaten Austausch zusammenfindet und damit ihre Kooperationsbeziehungen unter Abgrenzung von den anderen Mitgliedern bewusst intensiviert.

Neben der Asse Begleitgruppe bestehen Kooperationen zwischen kritischen Gruppen und Initiativen, die ihre Aktivitäten unter der Dachorganisation Asse-II Koordinationskreis bündeln. Außerdem haben sich verschiedene Bürgerinitiativen, Einzelpersonen sowie Anliegergemeinden der Asse im Asse-II-Rechtshilfefonds zusammengeschlossen, dessen Gründungsziel die Finanzierung der Klage einer Anwohnerin war. Aus beiden Zusammenschlüssen sind Mitglieder in der Asse Begleitgruppe vertreten.

Grundsätzlich stellen beide Initiativen einen potenziellen Anknüpfungspunkt für das BfS dar, falls sich zukünftig der Bedarf ergibt, Kooperationsbeziehungen neu zu organisieren. Beispielsweise im Falle, dass die Begleitgruppe zu einem gegebenen Zeitpunkt nicht mehr aktiv ist, könnte das BfS hier initiativ werden und über die existierenden Kontakte einen kooperativen Austausch anregen.

3.4.3 Analyse der Kooperationsmöglichkeiten

Wenn das BfS die Initiierung von Kooperationsbeziehungen anstrebt, muss eine Bestandsaufnahme der Rahmenbedingungen und potentiellen Akteure, z. B. über ein qualifiziertes Stakeholderfeedback, an erster Stelle stehen (s. Handlungsstrategien). Dazu dienen die hier erfassten Rückmeldungen und Befragungen in einer ersten Annäherung, allerdings ist eine weitere und kontinuierliche Erfassung von personalen und institutionellen Rahmenbedingungen erforderlich, um auf das vorhandene und sich ändernde Gefüge bestehender Kooperationsbeziehungen Rücksicht zu nehmen.

Bei der aktiven Ansprache verschiedener Gruppen ist darauf zu achten, dass Personen eingebunden werden, die auch als neutrale Vermittler fungieren könnten (Intermediäre) und einen vertrauenswürdigen Status genießen (institutionell oder persönlich). Es sollte dann gemeinsam mit den potentiellen Akteuren ein Konzept unter Berücksichtigung der bestehenden Strukturen und des erwarteten Zeithorizonts entwickelt werden, das zu einem hohen Maß an Vertrauen und Verlässlichkeit beitragen kann.

Wie in Abschnitt 3.4.2 ausgeführt, sind an den Standorten unterschiedliche Bedarfe und Anknüpfungspunkte zur Kooperation für das BfS gegeben.

Während in **Gorleben** maximal eine Kooperation bei der Bereitstellung von Informationen aus verschiedenen Quellen und über unterschiedliche Kommunikationskanäle möglich erscheint, kann eine Kooperation mit interessierten lokalen Akteuren über Veranstaltungen der Infostelle in **Morsleben** weiter gepflegt und ausgebaut werden.

In der Region **Asse** wird für das BfS momentan kein Bedarf gesehen, zusätzliche Kooperationsaktivitäten aufzubauen – allerdings ist auf eine längerfristige Entwicklung zu achten, die die Kommunikation nicht abreißen lassen sollte und eventuell weitere Akteursgruppen in einen neuen Kooperationskontext einbeziehen sollte.

Durch eine regelmäßige Stakeholder- und Status-quo-Analyse können mögliche Veränderungen der Bedarfe und Akteure über die Zeit identifiziert werden. Hierzu dienen erprobte Instrumente, wie bspw. die in Abschnitt 4.1.3 beschriebene Akteursanalyse oder ein formalisiertes Stakeholderfeedback (MECHANISMS 2011, <http://mechanisms.energychange.info/>), bei dem über die Abfrage von Zielen, Aktivitäten, Zufriedenheit und weiteren Parametern ein objektives Bild der Stakeholderbedürfnisse ermittelt werden kann. In der Region bestehende, institutionalisierte Kooperationen, können Anknüpfungspunkte darstellen, wenn zukünftig ein Bedarf zum Aufbau alternativer Kooperationsstrukturen gesehen wird.

In der Region **Salzgitter** müssen Kontexte des Vertrauens wohl grundlegend neu aufgebaut werden. Als Anknüpfungspunkt erscheint auch hier einerseits die Infostelle mit ihrer gegebenen Infrastruktur. Will man jedoch eine stärkere Ansprache und Einbindung kritischer Gruppen erreichen, sollten neutrale Dritte in ein Kommunikations- und Veranstaltungskonzept eingebunden werden. D.h. das BfS sollte sondieren, wer als Anbieter von Informationsveranstaltungen, Workshops oder Einzelvorträgen fungieren könnte und mit diesen Personen eine verbindliche Zusammenarbeit initiieren. Auf längere Sicht könnte es gelingen, dann auch die Infostelle als Veranstaltungsort funktional zu erweitern.

3.5 Besorgnisse und Risiken

3.5.1 Allgemeine Rahmenbedingungen / Anforderungen

Bei einem Risiko handelt es sich um die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Schadens, welches maßgeblich vom Gefährdungspotenzial abhängig ist /BfR 2007/. Besorgnisse sind die Reaktion auf tatsächliche oder befürchtete Risiken, die aktives oder passives Verhalten im Umgang mit dem vermeintlichen Risiko auslösen können.

Beide Aspekte – Besorgnisse und Risiken – bilden einen übergreifenden Bezugspunkt zu den definierten Themenfeldern Information, Kommunikation, Partizipation und Kooperation. Die Auseinandersetzung bzw. das Wissen um Risiken und daraus resultierende Besorgnisse in Regionen mit Endlageraktivitäten legen es nahe, diese Themen angemessen zu adressieren. Dabei sollte auch auf die Erkenntnisse zu

anderen Themenfeldern zurückgegriffen werden, wie z. B. Glaubwürdigkeit, Standortgleichberechtigung, zielgruppenspezifische Wahrnehmung, Einbezug aller notwendigen Akteure oder regelmäßige Kommunikation mit den Betroffenen.

Bei der folgenden Darstellung von Besorgnissen und befürchteten Risiken liegt die subjektive Wahrnehmung der Befragten zu Grunde. Das Bundesamt für Risikobewertung (BfR) spricht sich dafür aus, dass auch im Falle von tatsächlich kleinen Risiken – die aber anders wahrgenommen werden –, der Staat oder der verantwortliche Entscheider zum Handeln bewegt werden sollte, weil das Risiko in der Öffentlichkeit als groß empfunden werden kann. Auch befürchtete Risiken und wissenschaftlich nicht begründete Besorgnisse dürfen aus diesem Grund nicht ignoriert werden. Durch mangelnde Interaktion mit der Öffentlichkeit muss allgemeiner Vertrauensverlust bis hin zu Vertrauensverlust in die betreffenden Institutionen befürchtet werden /BfR 2007/.

Der Kommunikation von Ängsten und Risiken muss Raum gegeben werden, um Vertrauen zu schaffen und möglichen Befürchtungen zu begegnen. Es muss dabei jedoch zwischen tatsächlichem Gefahrenpotential und weitergehenden Befürchtungen unterschieden werden. Dabei ist auf die regionalspezifische Wahrnehmung und Gewichtung der Risiken Rücksicht zu nehmen.

Der angemessene Umgang mit Besorgnissen und subjektiv wahrgenommenen Risiken ist eine Chance, die Transparenz bei der Realisierung der Endlagerprojekte zu erhöhen und auf die Bedürfnisse der regionalen Bevölkerung einzugehen.

3.5.2 Status Quo hinsichtlich des Umgangs mit Besorgnissen und Risiken

Besorgnisse im Zusammenhang mit den Endlagerprojekten sind in allen Regionen vorhanden, wenn auch in unterschiedlichem Umfang.

Die Aspekte (Langzeit)-Sicherheit und Gesundheit sowie Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation spielen an allen Standorten eine wesentliche Rolle und müssen adressiert werden. Es kann zwischen existenziellen Besorgnissen (für die persönliche Lebensqualität und die Gesundheit) und wirtschaftlichen Besorgnissen unterschieden werden. Tabelle 5 stellt die meistgenannten existenziellen und wirtschaftlichen Besorgnisse standortübergreifend dar:

Tabelle 5: Existenzielle vs. wirtschaftliche Besorgnisse

Existenzielle Besorgnisse	Wirtschaftliche Besorgnisse
Auswirkungen radioaktiver Strahlung in lang- und kurzfristiger Hinsicht auf die Gesundheit	Werteverlust von Immobilien und Grundstücken
Rückgang der gesundheitlichen Lebensqua-	Wirtschaftliche Einbußen (Landwirtschaft,

lität in der Region	Tourismus etc.)
Sicherheit der Endlagerung	Arbeitsplatzverlust (insbesondere bei befürchtetem Wegfall des Endlagers als Arbeitgeber)

Quelle: Öko-Institut e.V., Zusammenstellung von Ergebnissen aus /Öko-Institut 2011a/

In der Region **Asse** betreffen die Besorgnisse oder befürchteten Risiken vor allem

- Gesundheitsbeeinträchtigungen durch die Freisetzung von Radioaktivität,
- Kontamination von landwirtschaftlichen Produkten und
- Bedrohung des Grundwassers durch radioaktive Abfälle.

Im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Besorgnissen werden folgende Aspekte genannt:

- Werteverlust des eigenen Hauses
- Andere materielle oder finanzielle Einbußen
- Werteverlust von landwirtschaftlich genutzten Flächen
- Werteverlust von vermieteten Immobilien
- Einbußen beim Tourismus
- Einbußen eines Geschäftsbetriebes (Hotel, Gastronomie)

Am Standort **Morsleben** wurden wenige Aussagen zu Besorgnissen und Risiken getroffen. Die Betroffenen sehen eher in der Stilllegung und damit im Wegfall von Arbeitsplätzen ein Problem, da dies die Region wirtschaftlich betreffen würde. Außerdem wurde sowohl von Stakeholdern als auch von der Öffentlichkeit der LKW-Verkehr, der aus dem Antransport von Verschlussmaterial resultiert, und das damit verbundene Verkehrsaufkommen auf den Landstraßen sowie die Emissionen als Befürchtung genannt. Bei den wenigen Betroffenen, die sich zu Besorgnissen äußern, werden die Sicherheit des Endlagers, die radioaktive Strahlung, mögliche Wassereinträge und kontaminiertes Grundwasser genannt.

Die Bewertung der mit der Endlagerung tatsächlich verbundenen Risiken und die in der Öffentlichkeit wahrgenommenen Ängste differieren am Standort **Gorleben** sehr deutlich. Während die einen ein erhebliches Freisetzungsrisko von radioaktiven Stoffen sehen, schätzen die anderen bei Einhaltung von hohen Sicherheitsstandards dies nicht als Risiko ein. Starke Zweifel bestehen jedoch im Zusammenhang mit Sicherheitsanforderungen sowie einem Vergleich mit anderen Standorten. In /Rütter 2006/ wird beschrieben, dass in Gorleben eine negative Veränderung der Lebensqualität wahrgenommen wird, wobei die dortige Lebensqualität - was die natürliche Umwelt und den Lebensraum für Familien mit Kindern angeht - als sehr hoch eingestuft wird. Als Befürchtung auf gesellschaftlicher Ebene werden neben

dem Attraktivitätsverlust für Neuzuzügler (55%) auch Spannungen in der Bevölkerung (63%) genannt. Als weitere negative wirtschaftliche Auswirkungen werden in der Studie

- Attraktivitätsverlust für Freizeit und Tourismus (Häufigkeit 60 %)
- Wertminderung von Liegenschaften (Häufigkeit 54 %)
- Absatzprobleme für landwirtschaftliche Produkte (Häufigkeit 46 %)

benannt.

Am Standort **Konrad** wird die Sicherheit der Endlagerung als Besorgnis an erster Stelle genannt, wobei hier auch Aspekte wie Transporte und Gefahrgutverkehr, langfristige Sicherheit und Kontrollmechanismen eine Rolle spielen. Weitere Aspekte umfassen Risiken bezüglich Falschdeklarierung von Abfällen, Auswirkungen von Störfällen im Endlager, Auswirkungen von Strahlung, Abfalltransporte und damit verbundene Unfallgefahren oder bergbauliche Risiken. Vor allem bei dem Aspekt der Strahlung besteht der Eindruck, dass hier viele Besorgnisse bestehen, die durch Aufklärung und Information gezielt angesprochen werden könnten. Der Qualitätsverlust der Region ist eine weitere Befürchtung, die mit „Verödung des Landstriches“, „Wertverfall von Immobilien“ und „Minderung der Lebensqualität“ beschrieben wird.

3.5.3 Analyse zum Umgang mit Besorgnissen und Risiken

Die Status-Quo-Analyse zeigt, dass Besorgnisse und Befürchtungen standortübergreifend vorhanden sind. Lediglich die Themenschwerpunkte sind regionalspezifisch unterschiedlich.

Das BfS setzt sich an den Standorten derzeit schon mit den Besorgnissen und Risiken der Öffentlichkeit auseinander.

Am Standort **Konrad** sind der Broschüre „Endlager Konrad. Antworten auf die meistgestellten Fragen“ u. a. Details zu Sicherheit, Strahlung oder Transport zu entnehmen. Dabei wird mit sehr anschaulichen Vergleichen versucht, die Thematik zu diskutieren und Erklärungen zu liefern. Es gibt einzelne Themenfelder, wie z. B. eine Auseinandersetzung mit Fragen zu Auswirkungen von Störfällen im Endlager, die im Rahmen einer Broschüreneinblendung eingearbeitet werden könnten.

Als wesentlichster Aspekt fehlt eine Analyse von sozioökonomischen Auswirkungen in der Region. Es werden zwar die Kosten und die Kostenverteilung des Projektes vorgestellt, aber eine Analyse des Einflusses des Endlagers auf einen befürchteten Qualitätsverlust der Region ist nicht vorhanden.

Die Region **Asse** nutzt das Infoblatt „Asse Einblicke“ um themenspezifische regelmäßige Informationen in die Öffentlichkeit zu bringen. So wurde z. B. im Februar 2011 das Gesundheitsmonitoring Asse vorgestellt, welches eine umfassende Dokumentation der Strahlenbelastung bei der Schachtanlage im Hinblick auf die Be-

schäftigten darstellt. Des Weiteren wurde im Jahr 2010 ein Gesundheitsmonitoring für besorgte BürgerInnen initiiert und das Projekt „Inkorporationsmonitoring der Bevölkerung in der Umgebung der Schachanlage Asse II“ geplant. Das Projekt begann im Jahr 2010 und hat eine Laufzeit von fünf Jahren. Pro Jahr soll 100 interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geboten werden, sich durch Messung in einem Ganzkörperzähler (In vivo) und von Urinproben (In vitro) in Berlin kostenlos auf in den Körper aufgenommene Radioaktivität untersuchen zu lassen /BfS 2010b/. Das BfS demonstriert damit, dass es die Sorge um Gesundheitsbeeinträchtigungen durch die Freisetzung von Radioaktivität ernst nimmt.

Daneben besteht das Besorgnis der Kontamination von landwirtschaftlichen Produkten. Es gibt einige Biobauern in der Region, die Gefahr für ihre ökologische Landwirtschaft sehen, aber auch konventionelle Bauern haben Sorge vor Absatzrückgängen. Hier fehlt es an aufbereitetem Informationsmaterial.

Insgesamt sind Informationen des BfS zum Standort Asse in ausreichendem Maße vorhanden. Teilweise werden in Studien oder Broschüren auch Themen adressiert, die sich auf Aspekte von Besorgnissen bzw. Risiken beziehen. Andererseits ist es durch die Quantität der Veröffentlichungen auch schwierig, das betreffende Material zu identifizieren.

Von den befragten Stakeholdern in der Region Asse wird die Notwendigkeit hervorgehoben, mögliche sozioökonomische Auswirkungen in der Region in einer Studie genauer zu ermitteln. Nachdem die Vergabe einer entsprechenden Studie in der frühen Phase des Optionenvergleichs wegen unklarer Finanzierungsbedingungen nicht zustande gekommen war, wurde bei den Befragungen mehrheitlich die Meinung vertreten, dass diese Untersuchung sinnvollerweise erst nach der endgültigen Entscheidung über die Stilllegungsoption durchgeführt werden sollte, um sie auf konkreteren Voraussetzungen aufbauen zu können. Dies führt allerdings dazu, dass vorerst keine Untersuchungsergebnisse vorliegen, mit denen Besorgnissen im Hinblick auf Tourismusrückgang, Werteverfall von Immobilien etc. begegnet werden könnte.

Am Standort **Morsleben** werden Besorgnisse zwar vergleichsweise selten genannt, die von den Befragten erwähnten Aspekte sollten jedoch aufgegriffen und ernst genommen werden. Wichtige Aspekte sind in diesem Zusammenhang das beim Antransport von Stilllegungsmaterial erwartete hohe LKW-Aufkommen und die daraus resultierenden Emissionen. Vorhandene Informationsmaterialien des BfS, wie z. B. der „Bericht über betriebliche Sicherheit, Strahlenschutz und Umgebungsüberwachung“ aus dem Jahr 2009, der im Internet zum Download zur Verfügung steht, greifen diesen Aspekt offensichtlich unzureichend auf.

Besondere Beachtung sollte auch der Sorge um den Verlust der Arbeitsplätze aufgrund der Stilllegung geschenkt werden. In der strukturschwachen Region ist die Frage der Arbeitsplätze unmittelbar mit existenziellen Ängsten verbunden. Im Vor-

dergrund stehen in diesem Kontext sicherlich Informations- und Dialogmaßnahmen, die direkt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern erfolgen und insofern nicht in die hier betrachteten Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit fallen. Ergänzend dazu sollten jedoch auch Maßnahmen zur Information der regionalen Bevölkerung insgesamt ergriffen werden. Wichtig ist dabei, die zeitliche Abfolge so zu gestalten, dass Arbeitnehmer immer vor der allgemeinen Bevölkerung informiert sind und dass alle Informationswege inhaltlich konsistent sind.

In **Gorleben** betreffen die genannten Besorgnisse einerseits mögliche Auswirkungen mangelnder Sicherheit auf die Gesundheit und andererseits Einschränkungen in der Lebensqualität. Diese beiden Themenblöcken werden derzeit vom Informationsangebot des BfS nicht adressiert. Die angesprochenen Informationsinhalte rund um Gorleben bedienen eher den technisch-wissenschaftlichen Informationsbedarf resultierend aus den Ergebnissen bzw. dem Fortgang der Erkundung. Das Informationsangebot spiegelt insofern die frühe Phase des Projekts wider, in der jeweils sorgfältig abzuwägen ist, in wie weit die Adressierung von Besorgnissen, die sich eher auf potenzielle Auswirkungen eines faktischen Endlagers beziehen, zielführend ist.

3.6 Kompensation / Ausgleichszahlungen

3.6.1 Allgemeine Rahmenbedingungen / Anforderungen

Die Thematik Kompensation bzw. Ausgleichszahlungen wird von unterschiedlichen Stakeholdern kontrovers diskutiert. Zum Einen würde man der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung Rechnung tragen, wenn Regionen mit Endlageraktivitäten eine „Würdigung“ dieser Verantwortungsübernahme erhalten, zum Anderen besteht das Risiko, dass bei mangelnder Transparenz, Partizipation und Kommunikation über Ziele und Vergabeprinzipien für Ausgleichszahlungen Misstrauen und Abwehr entstehen. Finanzielle Zuwendungen können die Akzeptanz für ein Projekt fördern, jedoch auch negative Auswirkungen haben, z. B. wenn Entscheidungen für Geldvergaben intransparent sind oder wenn Regionen sich finanziell benachteiligt fühlen. /Rütter 2006/ stellen fest, dass in Gemeinden, die in hohem Maße von Abgeltungen profitieren, dies sehr förderlich auf die Akzeptanz wirkt. In Gemeinden, die nur wenig von Abgeltungen profitieren, können die Geldflüsse eine die Akzeptanz vermindern- de Wirkung haben.

Generell ist die Frage nach Ausgleichszahlungen in Fallstudien zur Endlagerung ein viel diskutiertes Thema und ein relativ übliches Konzept /Öko-Institut 2007a/. Standortspezifische Kompensation, z. B. finanzielle Investitionen in lokale Infrastrukturmaßnahmen, wovon wiederum das Baugewerbe profitierte, Steuersenkungen, Schuldenabbau oder auch Maßnahmen zur Renaturierung konnten mit Hilfe dieser finanziellen Mittel getätigt werden /Rütter 2006/. Die Zunahme an Arbeitsplätzen und die Möglichkeit der Gemeinden, ihre Steuern zu senken, wirken sich tendenziell

positiv auf das Bevölkerungswachstum aus. Diese Effekte kompensieren in den untersuchten Regionen einen durch die Bevölkerung wahrgenommenen Attraktivitätsverlust als Wohnstandort /Rütter 2006/.

In /FSC 2007/ wird diskutiert, dass neben finanziellen Kompensationsmaßnahmen auch weitere sozialverträgliche Lösungen notwendig, um die Akzeptanz und das Vertrauen am Standort zu erhalten. Projekte im Bereich der Entsorgung und der Endlagerung von radioaktiven Abfällen können gemäß /FSC 2007/ auch Möglichkeiten bieten, das Wohlbefinden zu steigern und zur Förderung des vorhandenen Wissens und der Diskussion von Wertevorstellungen beitragen, z. B. durch das Unterstützen bei der Identitäts- und Imagefindung einer Kommune (siehe auch Zusammenfassung zur Veröffentlichung des FSC in /Öko-Institut 2007c/).

Wenn Ausgleichsmaßnahmen diskutiert werden, ist zunächst die „betroffene Region“ zu definieren. Dies ist notwendig, um einen angemessenen Maßnahmenkatalog entwickeln zu können, der wiederum auf regionalwirtschaftlichen Analysen aufbaut. Des Weiteren besteht die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung beim Aufstellen eines Kompensationskonzeptes und bei der Verteilung von Kompensationsgeldern. Analog zum Konzept des „Bürgerhaushalts“ (vgl. /Herzberg 2005/) können Vorschläge der Bürgerinnen und Bürgern angehört und einbezogen werden. Wichtigste Voraussetzung für die Anwendung eines solchen Konzeptes ist es, dass den Bürgerinnen und Bürgern genügend Informationen zur Entscheidungsfindung zur Verfügung stehen und dass die Organisatoren eines solchen Prozesses Rechenschaft darüber ablegen müssen, inwieweit und warum die geäußerten Vorschläge Berücksichtigung finden oder nicht. Gezielte Kompensationsmaßnahmen auf der Basis einer Studie zur sozioökonomischen Situation der Region sollte eine neutrale Beratungsinstitution ein Kompensationskonzept vorlegen, welches eng an der vorhergehenden sozioökonomischen Analyse angelehnt ist und alle Aspekte der Kompensation inklusiv der zeitlichen Umsetzung enthält /Öko-Institut 2007/.

3.6.2 Status Quo hinsichtlich Kompensation und Ausgleichszahlungen

Die Wirtschaftsstruktur der Regionen weist einige Unterschiede auf. Die Regionen Gorleben und Morsleben können als strukturschwach und dünn besiedelt bezeichnet werden. Die Regionen sind ländlich geprägt und durch die geringen Beschäftigungsmöglichkeiten auch durch Abwanderung gekennzeichnet /Rütter 2006/. Gorleben wie auch die Region Asse und die Umgebung von Salzgitter haben touristisches Potenzial auf unterschiedlichen Ebenen der Naherholung. Für einen nachhaltigen Tourismus wurden sowohl im Wendland als auch im Harzvorland Investitionen in den Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur getätigt.

Zum Thema Ausgleichszahlungen besteht grundsätzlich standortübergreifend eine zustimmende Haltung. Einig ist man sich bei den befragten Stakeholdern, dass fi-

nanzielle Entschädigung eine Rolle spielen sollte, allerdings besteht auch die Angst, sich auf einen „Ablasshandel“ einzulassen, wie von einzelnen Befragten angemerkt wird.

Für den Standort **Asse** wurde vom Bundeskabinett bereits Ende 2008 ein sogenannter „Härtefall Fonds“ bewilligt, aus dem Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe unterstützt werden, die nachweislich erhebliche Umsatzeinbußen aufgrund der öffentlichen Debatte um das Endlager Asse zu verzeichnen haben /HAZ 2008/. Da dieser Fonds eine sehr spezifische Ausrichtung aufweist und in seiner finanziellen Ausstattung beschränkt ist, sprechen sich die Stakeholder mehrheitlich für weitergehende Ausgleichsmaßnahmen auf Basis vorheriger Analysen der potenziellen Auswirkungen aus. Dabei wird die Zuständigkeit für die Verwaltung solcher Fonds nicht beim BfS gesehen, da es sich hierbei nicht um die originäre Aufgabe des Betreibers handele. Des Weiteren wird argumentiert, dass bei unterschiedlichen Geldflüssen oder Ablehnung von Anträgen ein enormer Vertrauensverlust in den Betreiber entstehen könnte. Daher wird angeregt, einen Ausgleichsfonds oder dergleichen bei einer neutralen Institution anzusiedeln. Die Notwendigkeit der Einrichtung eines „Asse-Fonds“ wurde in den vergangenen Monaten auch verschiedentlich von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung in der Region geäußert, beispielsweise von der Bürgermeisterin der Samtgemeinde Asse und Vertretern der CDU und SPD Fraktion im Gemeinderat Asse und im Kreistag Wolfenbüttel (siehe z. B.: /Schaufenster 2011/, /newslick 2010/).

Am Standort **Morsleben** bestehen grundsätzlich zwei potenzielle Anlässe für Kompensationszahlungen: Zum Einen (wie an den anderen Standorten auch) eine Würdigung der Übernahme einer (unbeliebten) gesamtgesellschaftlichen Aufgabe und der daraus ggf. resultierenden Auswirkungen auf die Regionalentwicklung; zum Anderen der Wegfall von Arbeitsplätzen aufgrund der Stilllegung der Anlage. Von den befragten Stakeholdern wurde der Wunsch geäußert, dass ein möglicher Ausgleich durch Kompensationszahlungen für den Ausbau der Infrastruktur für Fußgänger und Radfahrer der Gemeinde Ingersleben genutzt werden sollte. Kritisiert wurde, dass die Diskussionen um Kompensationszahlungen auf den Landkreis Börde beschränkt sind und der Landkreis Helmstedt nicht profitiere.

Am Standort **Gorleben** wurden Kompensationsmaßnahmen prinzipiell als sinnvoll und notwendig eingeschätzt, vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, dass ein Endlagerbetreiber keine Gewerbesteuer an die Kommune zahlt und dass besondere Aufgaben auf die betroffene Region zukommen. Genannte Maßnahmen umfassen die Verbesserung der Verkehrsanbindung, Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen.

Am Standort **Konrad** wird kritisiert, dass die Verteilungsdiskussion intransparent ist und der Bürger nicht einbezogen wird. Es fehle der Dialog und eine neutrale Person/Institution, die Verteilungsgerechtigkeit gewährleistet. Im Mai 2011 wurde bekanntgegeben, dass zwischen dem Bund und der Stadt Salzgitter eine Vereinba-

rung über die Einrichtung eines Salzgitter-Fonds getroffen wurde. Zu diesem Zweck wurde eine Salzgitter-Stiftungsgesellschaft gegründet, die während des Einlagerbetriebes in Konrad Gelder für gemeinnützige Zwecke in der Region zur Verfügung stellt. Gemäß ihrer Satzung will die Stiftung den Gemeinsinn und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger insbesondere der Stadt Salzgitter und der benachbarten Gemeinden fördern und stärken /BMU 2011b/.

3.6.3 Analyse zu Kompensation und Ausgleichszahlungen

In **Salzgitter** wurde mit der Einrichtung des Salzgitter-Fonds ein formaler Rahmen für die Bereitstellung von Ausgleichszahlungen geschaffen. Die Verhandlungen dazu erfolgten im Wesentlichen zwischen der Stadt Salzgitter und dem BMU. Offen sind noch die genaue Ausgestaltung der Vergabe bzw. die Kriterien der Auswahl von gemeinnützigen Projekten. (Die Bewertung der mit dem Salzgitter-Fonds gewählten Vorgehensweise ist nicht Gegenstand dieses Forschungsvorhabens. In /Öko-Institut 2007d/ werden die Anforderungen sowie mögliche Ansätze zum Umgang mit Ausgleichszahlungen umfassend diskutiert). Die Rolle des BfS könnte hier zukünftig darin bestehen, die Verwaltung und Bewirtschaftung des Fonds, die Finanzierungsschwerpunkte und die Wirkung der finanzierten Projekte in der Öffentlichkeit zu beobachten, um ggf. für vergleichbare zukünftige Fälle (z. B. für die Region Asse und am Standort eines Endlagers für Wärme entwickelnde Abfälle) Erkenntnisse zu gewinnen.

In der Region **Asse** bestehen sowohl seitens der Stakeholder als auch der Öffentlichkeit klare Erwartungen an die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Kompensation von wirtschaftlichen Beeinträchtigungen in der Region durch das Endlager. Wie auch im Fall Schacht Konrad werden entsprechende Vereinbarungen, wenn sie seitens des Bundes für notwendig erachtet werden, voraussichtlich ebenfalls durch das BMU ausgehandelt werden. Da die Leistung von Ausgleichszahlungen oder die Bereitstellung von Finanzmitteln für Maßnahmen zur Regionalentwicklung an einem Endlagerstandort in den rechtlichen Grundlagen nicht vorgesehen ist, handelt es sich um eine politische Entscheidung, die durch die Bundesregierung zu treffen ist. Es ist jedoch davon auszugehen, dass das BfS auf Grund seiner detaillierten Kenntnisse des Projekts, der Region und zentraler Stakeholder wichtige Beiträge zur Entwicklung eines Kompensationskonzepts leisten kann.

Am Standort **Gorleben** ist aufgrund der offenen Situation die Frage von Kompensationsmaßnahmen in Bezug auf ein mögliches Endlager derzeit nicht als Priorität zu bewerten (siehe Ausführungen in zu den aktuellen Entwicklungen der Standortauswahl für Endlager für Wärme entwickelnde Abfälle Kapitel 3.3).

Außerdem ist es derzeit offen, welche konkrete Rolle dem BfS ggf. zukünftig bei der Schaffung und Implementierung geeigneter Instrumente zur Bereitstellung von Ausgleichszahlungen an die Standortregion eines Endlagers für Wärme entwickelnde

Abfälle zukommen wird. Entsprechend den bisherigen Erfahrungen am Standort Salzgitter wäre davon auszugehen, dass die Verhandlungen durch das zuständige Bundesministerium erfolgen, sofern keine expliziten juristischen Grundlagen geschaffen werden, die Ausgleichszahlungen an eine Endlagerregion verbindlich vorschreiben und entsprechende Vorgaben machen, welche Institution für die Wahrnehmung dieser Aufgabe zuständig ist. Grundsätzlich könnte das BfS auf Basis seiner Kenntnisse der Region, der Bedürfnisse regionaler Stakeholder und der Erfahrungen aus anderen Standorten zur Entwicklung eines Kompensationskonzepts beitragen.

Am Standort **Morsleben** sollten finanzielle Ausgleichsmaßnahmen für die Beschäftigten des ERAM im Hinblick auf einen möglichen Verlust ihrer Arbeitsplätze in Betracht gezogen werden.

4 Handlungsstrategien

In diesem Kapitel werden die Handlungsstrategien für die Öffentlichkeitsarbeit des BfS ausgeführt. Sie basieren auf den in Kapitel 3 dargelegten Analysen der Situation an den vier Standorten mit Endlager bezogenen Aktivitäten in Deutschland. Entsprechend setzen die Empfehlungen auf die bereits bestehenden Aktivitäten des BfS an den jeweiligen Standorten auf, berücksichtigen aktuelle Randbedingungen an den Standorten sowie insbesondere die Erkenntnisse und Erfahrungen aus den Befragungen von Stakeholdern und interessierter Öffentlichkeit im Rahmen dieses Forschungsvorhabens.

Zunächst werden wichtige übergeordnete Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit behandelt, die sowohl für alle Standorte als auch in unterschiedlichen Zusammenhängen der Öffentlichkeitsarbeit von Relevanz sind.

Darüber hinaus werden Aspekte behandelt, die vor allem für die Themenschwerpunkte Information und Kommunikation relevant und von standortübergreifender Bedeutung sind.

Daran anschließend werden standortbezogene Empfehlungen zur Öffentlichkeitsarbeit für jeden der vier Standorte abgeleitet, die zusammen mit den übergeordneten Aspekten die Handlungsstrategie für den jeweiligen Standort darstellen.

4.1 Übergeordnete Aspekte

Unter übergeordneten Aspekten der Handlungsstrategie werden die Themen behandelt, die sowohl für alle Standorte als auch in den unterschiedlichen Aktivitätsfeldern der Öffentlichkeitsarbeit (Information, Kommunikation, Partizipation und Kooperation) relevant sind.

Aus den Analysen in Kapitel 3 haben sich die folgenden Punkte als Aspekte von übergeordneter Relevanz ergeben:

- Glaubwürdigkeit und Vertrauen,
- Konsistenz der Öffentlichkeitsarbeit an allen Standorten,
- Analyse von Akteursstrukturen,
- Sicherung von Kapazitäten und Ressourcen.

Mit Aspekten, die insbesondere im Zusammenhang Information und Kommunikation relevant und für alle vier Standorte von Interesse sind, befasst sich der Abschnitt

- „Standortübergreifende Aspekte der Information und Kommunikation“

mit den Unterpunkten

- Ausbau der Medienarbeit,
- Erweiterte Nutzungsmöglichkeiten der Infostellen,

- Konzeptspezifische Schulung der Infostellen-Teams,
- Bedeutung elektronischer Medien.

4.1.1 Glaubwürdigkeit und Vertrauen

Die Glaubwürdigkeit des Betreibers und das Vertrauen in den Betreiber sind die Grundlage für alle Formen der Öffentlichkeitsarbeit. Dies gilt sowohl für die Information und die Kommunikation mit der Öffentlichkeit als auch für partizipative und kooperative Formen der Zusammenarbeit mit Stakeholdern.

Das BfS wird an den Standorten im Hinblick auf Glaubwürdigkeit und Vertrauen unterschiedlich bewertet (siehe Kapitel 3.1.3.). Daher sollte es eine kontinuierliche Aufgabe des BfS sein, einerseits als glaubwürdiger Informationsgeber wahrgenommen zu werden und andererseits für Vertrauen offensiv zu werben.

Die Stärkung von Glaubwürdigkeit und Vertrauen sollte bei allen kommunikativen Maßnahmen als Kriterium und Zielvorgabe zu Grunde gelegt werden.

Um den Erfolg solcher Bemühungen zeitnah zu überprüfen, ist die Aufnahme von regelmäßigen Feedbackschleifen zu empfehlen. Eine Methode zur angemessenen Entgegennahme von Stakeholderfeedback, aber auch zum Rückspiegeln, wie das Feedback in die Institution und ihre Arbeit hineingewirkt hat, um Vertrauen zu stärken, ist bereits instrumentiert worden und kann als Tool herangezogen werden (<http://mechanisms.energychange.info/tools/25>).

Die Ergebnisse eines strukturierten Feedbacks können ebenfalls in ein Maßnahmenmonitoring und Reporting des BfS als Bestandteile aufgenommen werden, um den Erfolg von Interventionen zu bewerten und auch hiermit wiederum glaubwürdig Transparenz vermitteln zu können.

4.1.2 Konsistenz der Öffentlichkeitsarbeit an allen Standorten

Die Standorte mit Endlagervorhaben können nicht losgelöst von einander betrachtet werden. Dies ergibt sich bereits aus der räumlichen Nähe der Standorte. Teile der Bevölkerung fühlen sich von mehreren Standorten betroffen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und insbesondere aus Bürgerinitiativen sind standortübergreifend vernetzt. Die Öffentlichkeitsarbeit des BfS wird daher sowohl seitens verschiedener Stakeholder als auch der Öffentlichkeit einer vergleichenden Beurteilung unterzogen. Zudem bestehen technische und organisatorische Abhängigkeiten, z. B. für das Endlager Konrad, das möglicherweise einmal die zurückgeholten Abfälle der Schachanlage Asse II aufnehmen soll. Der qualitativen, quantitativen und inhaltlichen Konsistenz der Öffentlichkeitsarbeit an den verschiedenen Standorten kommt daher eine hohe Bedeutung zu.

Ein grundlegender Aspekt ist diesbezüglich ein widerspruchsfreies Erscheinungsbild des BfS. Die Aussagen an den einzelnen Standorten und über andere Standorte müssen abgestimmt sein und sollten auch sonstigen Aussagen des BfS oder des BMU nicht widersprechen.

Aufgrund des hohen Stellenwerts von Informationsmaßnahmen, die keine Eigeninitiative der Öffentlichkeit erfordern (insbesondere Newsletter und Medienberichterstattung), ist in diesem Bereich in besonderem Maß eine konsistente Behandlung aller Standorte anzustreben. Die überregionale Bekanntheit der „Asse Einblicke“ lässt darauf schließen, dass ein regelmäßig verteilter Newsletter ein geeignetes Medium für eine aktive Information der regionalen Bevölkerung darstellt, das auch für andere Standorte erwogen werden sollte.

Darüber hinaus sollte auch die Informationsbereitstellung im Internet im Informationsumfang und in der Informationstiefe vergleichbar sein. Das Infomobil ist ebenfalls ein Instrument, das nicht nur an den Standorten Asse und Morsleben zum Einsatz kommen könnte.

Eine konsistente Behandlung der Standorte hinsichtlich der Informationsbereitstellung unterstützt auch das Bestreben, jeden einzelnen Standort so zu präsentieren, dass Vermischungen und Verwechslungen vermieden werden. Wie in Kap. 3.1.3 dargestellt, ist von den BürgerInnen nicht unbedingt zu erwarten, dass sie die Sachstände zu den einzelnen Standorten trennen können. Entsprechend ist von Seiten des BfS auf eine klare Informationslinie zu achten, indem beispielsweise in jeder Infostelle gedrucktes Infomaterial zum jeweiligen Standort deutlich wahrnehmbar und getrennt von Informationen über andere Standorte und andere Arbeitsfelder des BfS präsentiert wird.

Erwartungsgemäß werden von Öffentlichkeit und Stakeholdern neben Unterschieden in der Informationsbereitstellung vor allem die besondere Behandlung der Region Asse und eine entsprechende Benachteiligung der jeweils eigenen Region im Hinblick auf die Partizipationsmöglichkeiten wahrgenommen. Der Begleitprozess Asse II wird mehrheitlich als Zeichen besonderer Offenheit und Transparenz wahrgenommen. Es sollte daher das Ziel des BfS sein, die Ungleichbehandlung der Standorte im Hinblick auf Möglichkeiten zum direkten Austausch mit zentralen Stakeholdern möglichst auszuräumen. Dies bedeutet nicht, an allen Standorten genau gleiche Maßnahmen zu initiieren. Die Maßnahmen sollten vielmehr den jeweiligen Bedürfnissen der Stakeholder nach Möglichkeiten zur Information und zum Austausch entgegen kommen und auf diesem Wege den standortspezifischen Anforderungen an Offenheit und Transparenz begegnen.

4.1.3 Analyse von Akteursstrukturen

Im Rahmen einer Akteursanalyse kann u. a. festgestellt werden, für welche Akteursgruppen spezifische Informationen verfügbar gemacht werden müssen. Dane-

ben wird über eine Analyse der Rollen, Erwartungshaltungen und Aktivitäten wichtiger Akteure eine bessere Abstimmung geeigneter Informationsinstrumente und Kommunikationswege ermöglicht. Diese passgenaue Ansprache von Gruppen und Einzelakteuren kann zur Vertrauensbildung zwischen BfS und den maßgeblichen Akteuren beitragen. Dabei handelt es sich um einen Prozess, der kontinuierlich stattfinden sollte. Mit Hilfe des im Folgenden vorgeschlagenen Instrumentes ist es möglich, das Umfeld für Kommunikation, Information, Kooperation und Partizipation zu erfassen und auf Veränderungen schnell reagieren zu können.

Es sollte mit einer offenen Erfassung begonnen werden, d. h. der Betreiber erarbeitet entlang eines Kriteriensets eine qualifizierte Akteursliste, ohne Akteure von vornherein auszuschließen. Dieses Vorgehen verhindert auch, dass wichtige Akteure vergessen werden. Die Kriterien sind in Tabelle 6 inklusive inhaltlicher Beschreibung der jeweiligen Kriterien aufgeführt:

Tabelle 6: Kriterien zur Beschreibung und Analyse von Akteuren und Akteursstrukturen im Rahmen eines definierten Projektkontextes

Kriterium	Beschreibung
Schlüsselrolle des Akteurs in Bezug auf das Projekt	Hat der Akteur derzeit eine Rolle im Vorhabensbezug? Wenn ja, welche Rolle nimmt der Akteur derzeit ein? Ist diese Rolle von wesentlicher Bedeutung für die weitere Umsetzung? Wenn ja, füllt dieser Akteur diese Rolle aus oder gibt es Defizite? Wenn es Defizite gibt, worin bestehen diese?
Politischer Einfluss des Akteurs auf das Vorhaben	Hat der Akteur politischen Einfluss auf das Projekt in dem Sinn, dass er Entscheidungskompetenz hat? Könnte dieser Einfluss zu einer Planungsänderung führen? Gibt es von Seiten des Akteurs Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungsträger? Ist der Einfluss hoch, mittel oder niedrig einzustufen?
Erwartungshaltung	Welche Erwartungen hat der Akteur in Bezug auf das Vorhaben? Was möchte er von sich aus einbringen (z.B. Wissen, Besorgnisse, Wertevorstellungen etc.)
Stand des Wissens	Welchen Wissenstand in formaler und informeller Hinsicht hat der Akteur?
Motivation	Worin besteht die Motivation zur Teilnahme am betreffenden Projekt? Wie hoch ist die Motivation einzuschätzen (hoch, mittel, niedrig)
Regionale Aktivität	Welche Aktivität ist dem Akteur in der Region zuzuordnen? (Zuhörer, Entscheider, Investor etc.)
Multiplikatoreffekte bzw. Netzwerkpotential	Bestehen zahlreiche Kontakte zu anderen Akteuren bzw. zu bestimmten (Ziel-)gruppen der Öffentlichkeit, so dass Multiplikatoreffekte genutzt werden könnten?

Kommunikationsstrukturen	Welche Kommunikationsstrukturen bestehen bei dem Akteur? Mit welchen anderen Akteuren steht er in ständigem oder eher seltenem persönlichen Austausch?
Beteiligungsziel	Was möchte der Akteur mit seiner Beteiligung erreichen?
Konfliktpotential	Bestehen bereits Konflikte mit anderen Akteuren? Könnten Konflikte während der Laufzeit entstehen?

Quelle: in Anlehnung an /ESTEEM 2011/

Im Ergebnis der Analyse müssen die Rollen der Akteure jeweils berücksichtigt werden. Es ist notwendig, die Kommunikationsbeziehungen der Akteure untereinander zu identifizieren. Besonderes Augenmerk liegt dabei darauf, mögliche Konfliktsituationen frühzeitig zu erkennen bzw. bereits bestehende Konflikte gezielt adressieren zu können.

Für das BfS bedeutet die Analyse von Akteursstrukturen und die Kenntnis über Befindlichkeiten und Ziele der einzelnen Beteiligten die Möglichkeit, konfligierende Interessen zu identifizieren und lösungsorientiert zu behandeln. Vor allen Dingen für die Ansprache der regionalen Öffentlichkeit könnten so Kommunikationskonzepte gezielter entwickelt werden.

4.1.4 Sicherung von Kapazitäten und Ressourcen

In allen Feldern der Öffentlichkeitsarbeit müssen die notwendigen und wünschenswerten Aktivitäten im Einklang mit den verfügbaren zeitlichen und personellen Kapazitäten und den finanziellen Ressourcen stehen.

Während im Bereich der Information die personellen und finanziellen Ressourcen im Vordergrund stehen und sich auf der Basis langjähriger Erfahrung des BfS in diesem Segment gut abschätzen lassen, gewinnt mit zunehmender Interaktivität kommunikativer und partizipativer Maßnahmen der Faktor Zeit an Bedeutung.

Das BfS sollte daher bei der Planung und Implementierung von Maßnahmen zum Austausch mit Öffentlichkeit oder Stakeholdern die verschiedenen zeitlichen Aspekte berücksichtigen. Dies umfasst u. a. folgende Fragestellungen:

- Von welchem Zeitbedarf ist zu welchem Zeitpunkt des Projekts auszugehen, um geplante Dialogmaßnahmen zielführend zu realisieren?
- Bestehen im konkreten Verfahrensablauf ausreichende Zeitfenster oder sind flexible Anpassungen des Verfahrensablaufs möglich?

- Welche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (insbesondere auch außerhalb der Öffentlichkeitsarbeit) müssen zu welchem Zeitpunkt zum Dialogprozess beitragen? Mit welchem zeitlichen Aufwand?

Diese Fragen sind auch dann zu klären, wenn das BfS nicht selber Initiator von Dialogmaßnahmen ist, aber als einer der zentralen Akteure zu einem solchen Prozess beizutragen hat, wie z. B. im Asse Begleitprozess.

Auch bei der Initiative von längerfristigen Kooperationen ist – wie bei den anderen Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit auch - auf Seiten des BfS zu klären, über welche Kapazitäten und Ressourcen das Amt langfristig verfügt, um Kooperationen vor Ort unterstützen oder aufbauen zu können. Neben der Sicherung von Verbindlichkeiten im Hinblick auf personelle Ressourcen, ist die Absicherung von technischer Infrastruktur sowie Kommunikations- und Informationsangeboten zu realisieren.

4.1.5 Standortübergreifende Aspekte der Information und Kommunikation

4.1.5.1 Ausbau der Medienarbeit

Bei der Information der Öffentlichkeit kommt den Medien wie Presse, Radio und Fernsehen eine besondere Bedeutung zu, da diesen erhöhte Aufmerksamkeit entgegen gebracht wird. Entsprechend sollte das BfS darauf hinwirken, dass die auf diesem Wege verbreiteten Informationen möglichst korrekt und auf Fakten basiert sind und dass aus Sicht des BfS wichtige Entwicklungen auch über die Medien verbreitet werden.

Entsprechend sollte das BfS als wichtiger Informationsgeber die aktive Zusammenarbeit mit den Medien verstärken. Dabei muss das Ziel sein, die Medien in die Lage zu versetzen, jederzeit aktuell, richtig und umfassend berichten zu können. Zudem könnte eine regelmäßige Berichterstattung vereinbart werden, wie beispielsweise eine Rubrik „Neues aus Konrad“.

Diesbezüglich sollte gezielt auf Ansprechpartner der regional bedeutenden Rundfunkanstalten NDR (Norddeutscher Rundfunk) und MDR (Mitteldeutscher Rundfunk) sowie der regionalen Tageszeitungen zugegangen werden. Ergänzend könnten Medien angesprochen werden, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen fokussieren. Um beispielsweise verstärkt Frauen zu erreichen, könnten gezielt Frauenzeitschriften angesprochen werden, die sich auch mit gesellschaftspolitischen Themen befassen (z. B. Brigitte oder Emma).

In Ergänzung zu den Pressemeldungen, die anlassbezogen herausgegeben werden, sollten ergänzende Hintergrund- sowie regelmäßige Pressegespräche angeboten werden. Dies bietet die Möglichkeit, regelmäßig den Sachstand an den einzelnen Standorten zu erläutern und vertiefende inhaltliche Information zur ausgewählten Themen sowie Ansprechpartner im BfS zu vermitteln. Zudem bieten solche Ge-

sprache die Möglichkeiten, den Bedarf von Journalisten festzustellen und die Informationsbereitstellung entsprechend anzupassen.

Die Wirksamkeit der Presseseite des BfS im Internet sollte verbessert werden, in dem z. B. thematisch zugeordnete oder standortbezogene AnsprechpartnerInnen genannt sowie Material für Journalisten wie Fotos, Dossiers, Grafiken etc. bedarfsgerecht bereitgestellt werden.

Dass z. B. die Zeitungen ein Interesse an einer vermittelnden - über die Informationsverbreitung hinausgehenden - Rolle haben, zeigt ein Beispiel aus der Region Asse. Hier wurde durch die regionale Tageszeitung die Aktion „Bürger fragen und das Bundesamt für Strahlenschutz antwortet“ initiiert. Die Zeitung sammelte die Fragen von BürgerInnen und sandte sie dem BfS zur Beantwortung zu. Fragen und Antworten wurden dann nach und nach in der Zeitung veröffentlicht:

Abbildung 3: Präsentation der Aktion „Bürger fragen das Bundesamt für Strahlenschutz antwortet“ in newsclick vom 02.02.2010, der Internet Plattform der Tageszeitungen im Raum Braunschweig, Salzgitter, Wolfsburg



The screenshot shows a news article on the website newsclick.de. At the top, there are logos for 'BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG', 'SALZGITTER ZEITUNG', and 'WOLFSBURGER NACHRICHTEN'. The main logo is 'newsclick.de' with the tagline 'MEINE REGION, MEINE THEMEN.' and a button 'Artikel drucken'. The article title is 'Kein hochradioaktiver Abfall in Asse II' and the subtitle is 'Beginn der Aktion "Bürger fragen und das Bundesamt für Strahlenschutz antwortet" mit zwei Themen'. The author is 'Von Karl-Ernst Hueske'. There is a photo of a person pointing at a board with the caption 'Großansicht'. The text of the article discusses the collection of questions from citizens regarding the Asse II site and the response from the Federal Office for Radiation Protection (BfS).

Quelle: newsclick vom 02.02.2010

4.1.5.2 Erweiterte Nutzungsmöglichkeiten der Infostellen

Die erweiterten Nutzungsmöglichkeiten der Infostellen beziehen sich einerseits auf zusätzliche Angebote des BfS und andererseits auf mögliche Nutzungen durch Externe außerhalb des Endlagerkontexts, wie dies in der Infostelle Morsleben entstanden ist.

Um die Infostellen noch stärker als Orte des Dialogs zwischen BfS und der Öffentlichkeit zu verankern, sollte zum Einen die Transparenz über den Informationsfluss zwischen der Infostelle und den wissenschaftlichen Fachreferaten des BfS erhöht werden. Den Besuchern sollte vermittelt werden, über welche organisatorischen Strukturen das BfS verfügt, damit die gegenüber der Infostelle geäußerten Argumente von Besuchern in den Fachreferaten ankommen. Zum Anderen könnten ergänzende Dialogformate angeboten werden, wie z. B. „Bürgersprechstunden“ zu denen auch Experten des BfS hinzukommen, um über ausgewählte Themen und Fragen vertieft zu informieren und zu diskutieren.

Das gewachsene Nutzungsprofil der Infostelle Morsleben zeigt, dass die Bereitstellung der Infostelle z. B. für Aktivitäten örtlicher Vereine zur Integration des Endlagerprojekts und zu einer unvoreingenommeneren Wahrnehmung des BfS in den Kreisen der lokalen Nutzer beitragen kann.

Das BfS sollte prüfen, welche Nutzungsmöglichkeiten der Infostellen über Aktivitäten im konkreten Projektbezug hinaus unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Gegebenheiten ausgebaut werden könnten. Denkbar wäre z. B. die Öffnung der Räumlichkeiten für kleinere Vortragsveranstaltungen oder für die Vereinsarbeit, wie Sitzungen von Vereinsvorständen oder Versammlungen von Mitgliedern. Auch eine Zielgruppen spezifische Ansprache wäre auf diesem Wege möglich, indem beispielsweise gezielt Vereine oder Gruppen mit einem hohen Anteil von Frauen oder jüngeren Mitgliedern angesprochen werden, die erfahrungsgemäß über die etablierten Informations- und Kommunikationsmaßnahmen nur unterdurchschnittlich erreicht werden.

4.1.5.3 Konzeptspezifische Schulung der Infostellen-Teams

Das Konzept der Infostellen ist nach Auskunft des BfS darauf ausgerichtet, durch den Einsatz unterschiedlicher Medien auf individuelle Vorlieben von Besuchern einzugehen. Gleichzeitig wird dem Dialog mit dem Besucher ein hoher Stellenwert beigemessen.

Dieses Konzept birgt die Herausforderung, einerseits dem Reiz, den elektronische Medien auf viele Besucher ausüben dürften, ausreichend Raum zu geben und andererseits die auf einen Bildschirm fixierten Besucher in ein Gespräch einzubeziehen, um die Vorteile des persönlichen Dialogs zu nutzen.

Das BfS sollte prüfen, ob es an den Infostellen einer spezifischen Unterstützung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vor Ort bedarf, insbesondere wenn neue Informationselemente oder eine Neujustierung des Konzepts der Infostellen eingeführt werden. Ggf. sollten gezielte Schulungsmaßnahmen konzipiert und durchgeführt werden.

4.1.5.4 Bedeutung elektronischer Medien

Nach vorliegenden Erkenntnissen aus den Befragungen und Fallstudien wird die Bedeutung des Internets für die Informationsvermittlung an die Öffentlichkeit offensichtlich oftmals überschätzt.

Bei der Information der Öffentlichkeit sollte berücksichtigt werden, dass Informationen, die nicht aktiv aufgesucht werden müssen, sondern über Medien oder Verteilschriften ins Haus kommen, von einem wesentlich höheren Anteil der Bürger und Bürgerinnen wahrgenommen werden.

Gleichwohl wird das Internet zunehmend auch im interaktiven Austausch zum Einsatz kommen. Wenn das BfS über Internetplattformen (wie beispielsweise das „Bürgerforum“ zum Endlager Konrad) mit der Öffentlichkeit in Kontakt treten will, sollten auch hier so weit möglich die Prinzipien der personengebundenen Kommunikation angewandt werden, indem Moderatoren und Experten, die Fragen entgegennehmen und beantworten, durch Foto und Namen „ein Gesicht gegeben“ wird.

4.2 Standortbezogene Handlungsempfehlungen und Zusammenfassung der Handlungsstrategien

Nachfolgend werden – ergänzend zu den vorhergehenden Empfehlungen mit übergeordneter Relevanz – Handlungsempfehlungen für die vier Regionen mit Endlager bezogenen Aktivitäten in Deutschland dargestellt. Da diese soweit wie möglich auf den bereits bestehenden Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit des BfS aufbauen, liegt hier der Fokus auf den weitergehenden Optimierungsmöglichkeiten. Eine Darlegung der jeweiligen regionalen Gegebenheiten sowie die, den Empfehlungen zu Grunde liegenden, Analysen finden sich im Kapitel 3 dieses Berichts.

Abschließend erfolgt zu jedem Standort eine Kurzzusammenfassung der prägenden Merkmale der Öffentlichkeitsarbeit in der Region und der zentralen übergeordneten und standortspezifischen Empfehlungen. Diese Zusammenfassung stellt die Eckpunkte der jeweiligen Handlungsstrategie dar.

4.2.1 Asse

Durch den Begleitprozess und die in diesem Zusammenhang bereit gestellten Informationen und Dialogmöglichkeiten wird die Öffentlichkeitsarbeit des BfS zum Endlager Asse als offen und transparent wahrgenommen. Das überwiegend entgegengebrachte Vertrauen gilt es zu erhalten und auszubauen. Der erfolgreiche Dialog mit den Stakeholdern sowie die Kommunikation mit der Öffentlichkeit im Rahmen von Informationsveranstaltungen sollten fortgesetzt werden.

Um auch längerfristig zum Erhalt von Vertrauen und Glaubwürdigkeit beizutragen, ist ein regelmäßiger Abgleich des Angebots an Informations- und Dialogmaßnahmen mit dem tatsächlichen Bedarf erforderlich. Zu diesem Zweck sollte das BfS seine Öffentlichkeitsarbeit regelmäßig evaluieren. Von besonderer Bedeutung ist eine solche Evaluation auch dann, wenn sich Randbedingungen ändern, die für die Öffentlichkeitsarbeit wichtig sind, z. B. Veränderungen von Rollen- und Zuständigkeitsverteilungen bei zentralen Akteuren (BfS, Ministerien), Erreichung von Meilensteinen in der Projektentwicklung, Änderungen in der Organisation von Kommunikations- und Partizipationsstrukturen.

Informationen werden dann als besonders glaubwürdig empfunden, wenn sie aus verschiedenen Informationsquellen resultieren. Hier sollten die schon etablierten und institutionell unterstützen Kooperationsbeziehungen ansetzen und weiter gepflegt werden. Trotz vorhandener Strukturen ist eine begleitende Status-quo-Analyse zu empfehlen, um u. a. festzustellen, welche Gruppen oder Einzelpersonen mit zentralen Funktionen eventuell im Kooperationskontext fehlen und aus welchem Grund.

Im Falle der Initiativfunktion des BfS zum weiteren Ausbau der Kooperation, kann die Bereitstellung von Hardware wie Aufbau und Betreuung einer Website, Verfügbarkeit von Räumlichkeiten, die Organisation von Dokumentationsleistungen oder die Vermittlung von Referenten für Veranstaltungen einen Teil des Angebotes darstellen, den das BfS in die Kooperation einbringen möchte.

Von der Öffentlichkeit adressierte Besorgnisse und Risiken sollten im Rahmen von Diskussionsveranstaltungen thematisiert werden.

Außerdem sollte das BfS die Bestrebungen regionaler Stakeholder unterstützen, die tatsächlich zu erwartenden Auswirkungen der Endlageraktivitäten auf die Region im Rahmen einer sozioökonomischen Studie untersuchen zu lassen, die auch zur Klärung möglicherweise erforderlicher Ausgleichsmaßnahmen dient. Beispielsweise könnte das BfS in Abstimmung mit der Asse Begleitgruppe eine entsprechende Studie in Auftrag geben. Unabhängig von den Ergebnissen bzw. Umsetzungsvorschlägen im Hinblick auf finanziellen Ausgleich, sollte das BfS dafür Sorge tragen, dass Auswahlkriterien für die Vergabe von finanziellen Mitteln entwickelt und angemessen beachtet werden und dass die Umsetzung der verabschiedeten Konzepte erfolgreich verläuft.

Die prägenden Merkmale für die Öffentlichkeitsarbeit in der Region Asse und die Kernpunkte der Handlungsstrategie aus übergeordneten und standortspezifischen Empfehlungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Tabelle 7: Zusammenfassung der Kernpunkt einer Handlungsstrategie für die Öffentlichkeitsarbeit des BfS zum Endlager Asse

Kontext: Die Region verfügt über etablierte und gut funktionierende Partizipationsstrukturen, die einen intensiven Austausch des BfS mit den regionalen Stakeholdern und den die Stakeholder beratenden Experten befördern. Die Informationsbereitstellung für die Öffentlichkeit ist überdurchschnittlich.

Empfehlungen:

- Die Öffentlichkeitsarbeit sollte regelmäßig evaluiert werden, um bedarfsgerechte Maßnahmen auch längerfristig und insbesondere bei sich ändernden Randbedingungen sicherzustellen.
- Es ist sicherzustellen, dass an allen Standorten über die relevanten Themen inhaltlich konsistent informiert und kommuniziert wird.
- Medienkontakte und die aktive Nutzung von Medien zur Informationsvermittlung sollten vertieft werden.
- Informations- und Kommunikationsangebote in der Infostelle Asse sollten vertieft werden, z. B. durch „Bürgersprechstunden“ mit Experten des BfS.
- BfS sollte Bestrebungen zur Umsetzung eines transparenten, kriterienbasierten Kompensationskonzepts unterstützen.

4.2.2 Morsleben

In der Region Morsleben ist der Umfang der Öffentlichkeitsarbeit des BfS verhältnismäßig gering. Das BfS sollte aber eine Ungleichgewichtung insbesondere bei der Informationsbereitstellung und der Kommunikation vermeiden, da dies als fehlende Offenheit und als Intransparenz ausgelegt werden könnte.

Die Informationsbereitstellung sollte um eine kontinuierliche Berichterstattung über aktuell durchgeführte Maßnahmen sowie Zeit- und Maßnahmenpläne zur Einordnung der Maßnahmen in das Stilllegungsverfahren ergänzt werden. Diese Informationsbereitstellung sollte an der Informationsstelle, im Internet aber auch durch aktive Informationsmaßnahmen wie einen Newsletter erfolgen.

Die von einigen Befragten adressierte Transportproblematik könnte als Anlass genutzt werden, um mit Stakeholdern und der Bevölkerung z. B. in Rahmen von Informationsveranstaltungen in einen Dialog zu treten.

Der Arbeitsplatzverlust der Beschäftigten des ERAM auf Grund der Stilllegung wird von der Bevölkerung als Besorgnis thematisiert. Das BfS sollte daher über diesen Aspekt auch informieren und mit der Öffentlichkeit kommunizieren. Dabei ist jedoch größte Sorgfalt darauf zu verwenden, dass die zeitliche Abfolge so gestaltet ist, dass die Information der Arbeitnehmer durch den Arbeitgeber immer vor der Information der allgemeinen Bevölkerung erfolgt und dass auf den verschiedenen Wegen widerspruchsfrei informiert und kommuniziert wird.

Der mit der Schließung einhergehende Verlust von Arbeitsplätzen sollte angemessen bewertet und in Form von Ausgleichszahlungen an die Region entschädigt werden. Die Entscheidungsfindung über ein Kompensationskonzept sollte unabhängig von den konkreten Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, von Seiten des BfS verfolgt werden, um dafür Sorge zu tragen, dass die Anforderungen an Transparenz, klare Kriterien und Bezug zu den Bedürfnissen der Regionalentwicklung Beachtung finden.

Zur Verstärkung des Austauschs mit den regionalen Stakeholdern sollte das BfS die Etablierung geeigneter Dialogstrukturen anstreben. Diese sollten sich in den Zielen und der Form im Rahmen der Möglichkeiten an den Bedürfnissen der Stakeholder orientieren. Prinzipiell sind unterschiedliche Formen des Austauschs, beispielsweise regelmäßige Fachgespräche, Diskussionsforen oder auch eine durch Experten unterstützte Begleitgruppe nach dem Muster der Asse Begleitgruppe denkbar. Um die konkreten Bedürfnisse der Stakeholder auszuloten sollte das BfS entsprechende Gespräche mit Gruppen oder Personen aus dem Kreis der zentralen Stakeholder führen. Mögliche Organisationen und Ansprechpartner wurden in dem Bericht zur Stakeholderbefragung in diesem Vorhaben benannt /Öko-Institut 2010/. Ggf. können vertiefende Stakeholderanalysen nach der in Kapitel 4.1.3 beschriebenen Methode angewandt werden. Bei der Ansprache der Stakeholder und ggf. gegenüber Dritten und Medien sollte das BfS den Anlass für die Intensivierung des Dialogs deutlich kommunizieren (z. B. Reaktion auf Erkenntnisse aus einem vom BfS beauftragten Forschungsvorhaben), um nicht der Einflussnahme im Vorfeld des Erörterungstermins verdächtigt zu werden.

Nach dem Erörterungstermin, der einen Meilenstein im Planfeststellungsverfahren darstellt, sollte seitens BfS geprüft werden, ob eine Nachjustierung der Dialogstrukturen und –ziele erforderlich ist, da nicht auszuschließen ist, dass sich Interessen oder Motivation der Stakeholder verändern, z. B. weil der Eindruck entsteht, dass dann „alles gelaufen“ ist, oder weil sich bestimmte Themen herauskristallisiert haben, die besonders vertieft werden sollten.

Die prägenden Merkmale für die Öffentlichkeitsarbeit in der Region Morsleben und die Kernpunkte der Handlungsstrategie aus übergeordneten und standortspezifischen Empfehlungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Tabelle 8: Zusammenfassung der Kernpunkte einer Handlungsstrategie für die Öffentlichkeitsarbeit des BfS zum Endlager Morsleben

Kontext: Der bevorstehende Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren zur Stilllegung des ERAM stellt einen Meilenstein im formalen Verfahren dar, der auch Auswirkungen auf Interessen und Ziele von Stakeholdern und Öffentlichkeit hinsichtlich des Austauschs mit dem BfS haben kann. Institutionalisierte Strukturen für den Austausch bestehen derzeit nicht, ein Interesse einiger Stakeholder ist jedoch vorhanden.

Empfehlungen:

- Die Maßnahmen zur Information und Kommunikation sollten quantitativ und qualitativ verbessert werden, um als gleichwertig zu anderen Standorten wahrgenommen zu werden.
- Kontinuität der Berichterstattung und Informationsbereitstellung zur Einordnung der Maßnahmen in das Stilllegungsverfahren ist anzustreben.
- Maßnahmen zum regelmäßigen Dialog mit Stakeholdern sollten in Abstimmung mit den Beteiligten konzipiert und implementiert werden.
- Beim Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit ist der zusätzliche Bedarf an zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen zu berücksichtigen.
- Medienkontakte und die aktive Nutzung von Medien zur Informationsvermittlung sollten vertieft werden.
- Ängste und Besorgnisse hinsichtlich des möglichen Verlusts von Arbeitsplätzen sind gegenüber der Öffentlichkeit zu thematisieren, wobei Zeitplan und Inhalte an die Kommunikation zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern anzupassen sind.

4.2.3 Gorleben

Die Öffentlichkeitsarbeit des BfS bietet in erster Linie Information über die Infostelle und das Internet an. Dabei ist die Infostelle durch die abgeschirmte Lage am Bergwerk schlecht zugänglich und wenig anziehend. Gerade die persönliche Information an der Infostelle dient aber der Vertrauensbildung. Entsprechend sollte die Infostelle entweder verlagert oder durch eine zweite Infostelle in Ortslage ergänzt werden. Die Infostelle soll das Anliegen des BfS – nämlich Offenheit und Transparenz – ausstrahlen. Gleichzeitig sollte die Infostelle verstärkt als Kommunikationszentrum genutzt werden und so der Öffentlichkeit weitergehende Möglichkeiten zum Dialog bieten (siehe auch Abschnitt 4.1.5.2).

Zudem sollte die Informationsbereitstellung weiter ausgebaut werden. Da Gorleben deutschlandweit bekannt ist und beachtet wird, sollte einerseits der Internetauftritt

eine umfassende Information ermöglichen. Hier müssten Themen strukturiert dargestellt werden. Es sollten sowohl übergreifende Texte zur Orientierung und Einordnung als auch Fachinformationen in entsprechender Tiefe angeboten werden. Andererseits sollte die regionale Öffentlichkeit regelmäßig durch aktive Maßnahmen informiert werden. Hier könnte durch eine aktivere Nutzung der Medien angesetzt werden (vgl. Abschnitt 4.1.5.1) und die Möglichkeit einer regelmäßigen Verteilung von Informationsschriften an die regionalen Haushalte geprüft werden.

Entsprechend dem Erkundungsstatus des Projekts sollte jeweils abgewogen werden, in wie weit Informationsmaterialien auch Besorgnisse der Bevölkerung aufgreifen sollten, die sich eher auf potenzielle Auswirkungen eines faktischen Endlagers beziehen.

Bei der Gestaltung der Informationsangebote sollte berücksichtigt werden, dass Informationen als besonders glaubwürdig empfunden werden, wenn sie aus verschiedenen Informationsquellen resultieren. Hier können kooperativ gestaltete Angebote der Information ansetzen, d. h. Informationen von Dritten werden in die Informationsbereitstellung des BfS aufgenommen (sie können z. B. als externe Information in einem Newsletter kenntlich gemacht werden). Eine weitere Variante ist die Vermittlung von Informationen über neutrale – besonders glaubwürdige – Personen, die beispielsweise in ein Veranstaltungskonzept des BfS eingebunden werden. Um die Bereitschaft zur Kooperation bei der Informationserarbeitung und -vermittlung zu eruieren, ist vom BfS zunächst zu prüfen, welche Kooperationspartner sich eignen und für eine gemeinsame Informationsstrategie angesprochen werden können. Gründe für und gegen eine Teilnahme sind ebenfalls zu analysieren.

Die Initiierung von Maßnahmen zur Stakeholderpartizipation in der Region Gorleben durch das BfS erscheint unter den derzeitigen Randbedingungen nicht empfehlenswert. Gleichwohl sollte das BfS den Austausch mit zentralen Stakeholdern in Form von kommunikationsorientierten Maßnahmen suchen, um Offenheit und Transparenz hinsichtlich seiner Aktivitäten am Standort zu zeigen. Im Rahmen der Planung solcher Kommunikationsmaßnahmen sollten zunächst die seitens BfS verfolgten Ziele klar definiert und an alle beteiligten Mitarbeiter kommuniziert werden. Im Austausch mit den Stakeholdern sind dann die Kommunikationsstrategien, die einen regelmäßigen Austausch mit Gruppen / Institutionen oder einzelnen Personen ermöglichen, zu konzipieren und ggf. iterativ weiterzuentwickeln. Da einige Stakeholder ihre Dialogbereitschaft an umfangreiche Bedingungen knüpfen (siehe /Öko-Institut 2010/), ist grundsätzlich auch mit ablehnenden Reaktionen auf Kommunikationsansätze zu rechnen. In diesem Fall wäre unter Berücksichtigung der Reaktionen auszuloten, ob spezifische Anpassungen der Kommunikationsstrategien einen Zugang eröffnen könnten. Dabei sollten auch Möglichkeiten erwogen werden, Kooperationen mit anderen („neutralen“) Akteuren zu suchen, die Kommunikationsaufgaben in Abstimmung mit dem BfS wahrnehmen.

Die prägenden Merkmale für die Öffentlichkeitsarbeit in der Region Gorleben und die Kernpunkte der Handlungsstrategie aus übergeordneten und standortspezifischen Empfehlungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Tabelle 9: Zusammenfassung der Kernpunkte einer Handlungsstrategie für die Öffentlichkeitsarbeit des BfS in der Region Gorleben

Kontext: Die Situation am Standort Gorleben ist durch die Auseinandersetzungen um den Standort und die Thematik sowie die historischen Entwicklungen geprägt. Hinzu kommt der derzeit unklare Status hinsichtlich vom BMU initiiertes Dialogansätze und hinsichtlich der politischen Entwicklungen in der Vorgehensweise bei der Standortfestlegung.

Empfehlungen:

- Die Wirksamkeit der Infostelle sollte durch eine zentrale innerörtliche Lage und durch ein erweitertes Angebot (z. B. „Bürgersprechstunden“ mit Experten des BfS) verbessert werden.
- Es sollten geeignete Maßnahmen zur aktiven Information der Bevölkerung getroffen werden (z. B. regelmäßige Verteilung von Infomaterial, aktive Nutzung von Medien).
- Die Informationsbereitstellung im Internet ist inhaltlich und strukturell unter Berücksichtigung der Bedürfnisse überregionaler Nutzer anzupassen.
- Maßnahmen zur Kommunikation mit Stakeholdern sollten in Abstimmung mit den Beteiligten konzipiert und implementiert werden.
- Möglichkeiten der kooperativen Informationsvermittlung und Gestaltung von Kommunikation unter Hinzuziehung Dritter als vertrauensbildende Maßnahmen sollten ausgelotet werden.

4.2.4 Salzgitter

Die Errichtung und der Betrieb des Endlagers werden noch über Jahrzehnte in der Region wahrnehmbar sein. Insofern sollte es ein wichtiges Anliegen der Öffentlichkeitsarbeit des BfS sein, den Kontakt mit Öffentlichkeit und Stakeholdern zu suchen, um zur Überwindung der Spaltung von Befürwortern und Gegnern des Projekts beizutragen.

Als Basis sollte das vorhandene Informationsangebot ergänzt werden und sowohl das aktuelle Geschehen als auch Hintergründe umfassen. So könnten die vorhandenen Informationen auf der Internetseite zum Endlager Konrad z. B. durch vertiefende Gutachten zu Einzelthemen aus dem Planfeststellungsverfahren ergänzt werden. Informationen insbesondere zum aktuellen Ausbau sollten außerdem aktiv an die BürgerInnen verteilt werden, z. B. über einen Newsletter. Dieser bietet die Mög-

lichkeit nicht nur zur anlassbezogenen Information sondern auch zur Wissensvermittlung und somit zur Erhöhung der Diskussionskompetenz in der Öffentlichkeit.

Die Informationen sollten außerdem die Besorgnisse und von Akteuren befürchteten Risiken aufgreifen. Dazu sollten beispielsweise zusätzliche Themenfelder wie „Auswirkungen von Störfällen im Endlager“ in die bestehenden Broschüren etc. aufgenommen werden.

Des Weiteren bedarf es in der Region Salzgitter einer Analyse der sozioökonomischen Auswirkungen des Endlagers auf die Region. Dabei sollte die Bedeutung des Endlagers in Bezug auf einen befürchteten Qualitätsverlust der Region diskutiert werden. Es ist weiterhin zu prüfen, inwieweit ein Interesse und Möglichkeiten bestehen, die Öffentlichkeit in die Umsetzung von Maßnahmen zur Regionalentwicklung einzubeziehen, etwa analog zum Konzept des Bürgerhaushalts.

Durch die Einrichtung des Salzgitter-Fonds gibt es ein Instrument, welches Gelder für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung stellt. Die Aufgabe des BfS könnte es sein, die Verwaltung und Bewirtschaftung des Fonds zu verfolgen, um Erkenntnisse für den Erfahrungstransfer in zukünftige Verfahren zu gewinnen sowie die Finanzierungsschwerpunkte und die Wirkung der finanzierten Projekte in der Öffentlichkeit zu beobachten. Außerdem könnte das BfS dafür Sorge tragen, dass die Vergabe von Finanzmitteln transparent erfolgt und dass entsprechende Kriterien definiert, kommuniziert und angewandt werden.

Zudem sollte in der Region ein Dialog initiiert werden, der Stakeholder und weitere Interessierte in den aktuellen Stand der Arbeiten, Planungen, Konzepte usw. einbindet. Ein solcher Dialog dient einerseits der Information und leuchtet andererseits die Entscheidungsspielräume der weiteren Planungen aus. Da nur noch vergleichsweise geringe Entscheidungsspielräume bestehen, sind Erwartungen und Ziele, die aus Sicht der Beteiligten mit einem Dialogprozess verfolgt werden sollen, sorgfältig abzugleichen.

Da das BfS in der Region nur wenig Vertrauen genießt, sind möglicherweise andere Akteure geeigneter, einen solchen Dialog zu initiieren und zu führen. In diesem Zusammenhang sollte sich das BfS insbesondere mit dem NMU über ein neues Rollenverständnis verständigen. Da das NMU keine Genehmigungsaufgaben mehr erfüllt, könnte es am Standort Salzgitter moderierende Aufgaben übernehmen.

Auf der Basis eines solchen sich entwickelnden Dialogs kann über die Implementierung neuer kooperativer Strukturen nachgedacht werden. Maßnahmen wie Informationsveranstaltungen könnten vom BfS angeregt, aber von Dritten konzipiert und umgesetzt werden – eventuell auch unter Nutzung der Infostelle. Dies erfordert eine enge Abstimmung mit allen Beteiligten über Ziele und Funktionen der jeweils kooperativ initiierten Maßnahmen. Entsprechend ist eine passende Arbeits- und Informationskultur zu entwickeln.

Die prägenden Merkmale für die Öffentlichkeitsarbeit in der Region Salzgitter und die Kernpunkte der Handlungsstrategie aus übergeordneten und standortspezifischen Empfehlungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Tabelle 10: Zusammenfassung der Kernpunkte einer Handlungsstrategie für die Öffentlichkeitsarbeit des BfS zum Endlager Konrad

Kontext: Der Ausbau des Endlagers Konrad ist durch die übertägigen Anlagen für die Öffentlichkeit sichtbar und ebenso wie der spätere Betrieb durch die Abfalltransporte über Jahrzehnte wahrnehmbar. Die Region ist zwischen Kritikern und Befürwortern gespalten.

Empfehlungen:

- Es sind Maßnahmen zur aktiven Information der Bevölkerung zu treffen (z. B. regelmäßige Verteilung von Infomaterial, aktive Nutzung von Medien), die auch die Besorgnisse und wahrgenommenen Risiken adressieren sollten.
- Es ist ein Dialog mit Stakeholdern zu initiieren, der langfristig einen Austausch über aktuelle Fragen der Errichtung und des Betriebs ermöglicht.
- Möglichkeiten der kooperativen Informationsvermittlung und Gestaltung von Kommunikation unter Hinzuziehung Dritter als vertrauensbildende Maßnahmen sind auszuloten.
- Beim Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit ist der zusätzliche Bedarf an zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen zu berücksichtigen.
- Es sollte geprüft werden, ob Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der Entwicklung von Kompensationsmaßnahmen realisiert werden können.

Literaturverzeichnis

- /Ba-Wü 2011/ Bündnis 90/Die Grünen und SPD Baden-Württemberg: Der Wechsel beginnt. Koalitionsvertrag 2011 – 2016
- /BfS 2010a/ Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Morsleben. Chronologie des Stilllegungsprozesses, download am 26.07.2011 unter http://www.bfs.de/de/endlager/endlager_morsleben/stilllegung/Stilllegung.html, Stand 28.10.2010
- /BfS 2010b/ Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Asse II. Aktueller Stand der Arbeiten zur Stabilisierung und sicheren Schließung. Salzgitter, 2010
- /BfS 2011a/ Bundesamt für Strahlenschutz: Endlager Konrad. Antworten auf die meistgestellten Fragen, Salzgitter, März 2011
- /BfS 2011b/ Bundesamt für Strahlenschutz: Rubrik „Geologie“ im Themenbereich „Erkundungsbergwerk Gorleben“ auf der Website des BfS, download am 27.7.2011 unter: http://www.bfs.de/de/endlager/erkundungsbergwerk_gorleben/geologie
- /BfS 2011c/ Bundesamt für Strahlenschutz: Rubrik „Weitere Informationen“ im Themenbereich „Erkundungsbergwerk Gorleben“ auf der Website des BfS, download am 27.7.2011 unter: http://www.bfs.de/de/endlager/erkundungsbergwerk_gorleben/weitere_informationen
- /BfR 2007/ Bundesamt für Risikobewertung: Auch gefühlte Risiken erfordern staatliches Handeln. Presseinformation.
- /BMU 2010/ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Röttgen: Wir müssen uns der Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle endlich stellen, Pressemitteilung vom 15.03.2010
- /BMU 2011/ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Fragen und Antworten zur Energiewende, 06.06.2011, download am 27.7.2011 unter: <http://www.bmu.de/energiewende/doc/47498.php#23>
- /BMU 2011 b/ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Salzgitter-Stiftung geht an den Start. Pressemitteilung Nr. 071/11 vom 27.05.2011
- /CARL 2008/ Bergmans, Anne; Elam, Mark; Kos, Drago; Polic, Marko; Simmons, Peter; Sundqvist, Göran; Walls, John: Wanting the Unwanted: Effects of Public and Stakeholder Involvement in the Long-term Management of Radioactive Waste and the Siting of Repository Facilities – Final Report of the CARL project, 2008
- /dpda 2011/ dpda: „McAllister fordert Endlager-Gesetz“, 18.06.2011; download am 14.10.2011 unter <http://de.nachrichten.yahoo.com/mcallister-fordert-endlager-gesetz-041855525.html>
- /ESTEEM 2011/ <http://www.esteem-tool.eu>
- /FSC 2007/ Forum on Stakeholder Confidence: Fostering a durable relationship between a waste management facility and its host community, adding value through design and process. NEA/RWM/FSC/(2007)1 16.02.2007
- /Gabler 2009/ Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Kooperation, online im Internet am 03.08.2011: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/7992/kooperation-v8.html>

- /HAZ 2008/ Hannoversche Allgemeine Zeitung: Asse fällt nun unter das Atomrecht, 06.11.2008
- /Herzberg 2005/ Herzberg, Carsten: Bürgerhaushalt in Großstädten. Arbeitsmaterialien für die Umsetzung. Herausgegeben von der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn
- /Hocke et.al. 2010/ Hocke, Peter; Barth, Regine; Grunwald, Armin; Kallenbach-Herbert, Beate; Kuppler, Sophie; Renn, Ortwin; Reuß, Michael: Schlüsselentscheidungen und –maßnahmen für einen gehaltvollen Dialogprozess, Karlsruhe, Darmstadt, Stuttgart, Oktober 2010, download am 29.7.2011 unter <http://www.oeko.de/oekodoc/1076/2010-121-de.pdf>
- /Hungenberg 2001/ Hungenberg, Harald: Strategisches Management in Unternehmen: Ziele – Prozesse – Verfahren. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden, 2001.
- /IAEA 2006/ International Atomic Energy Agency: Stakeholder Involvement in Nuclear Issues. INSAG-20. Report by the International Safety Group, Wien, September 2006
- /IAEA 2007/ International Atomic Energy Agency: Factors Affecting Public and Political Acceptance for the Implementation of Geological Disposal. IAEA-Tecdoc-1566, Wien, Oktober 2007
- /IAEA 2009/ International Atomic Energy Agency: An Overview of Stakeholder Involvement in Decommissioning. Nuclear Energy Series No. NW-T-2.5, Wien, 2009
- /Nagra 2011/ Nagra: Rubrik „Medien“ auf der Website der nagra, download am 27.7.2011 unter: http://www.nagra.ch/g3.cms/s_page/87400/s_name/medien
- /NEA 2003/ OECD/ Nuclear Energy Agency: Public Information, Consultation and Involvement in Radioactive Waste Management. An International Overview of Approaches and Experiences, Paris, 2003
- /newsclick 2010/ newsclick: Gespräch über Asse-Ausgleichsfonds, 09.12.2010
- /Öko-Institut 2007a/ Barth, Regine; Brohmann, Bettina; Kallenbach-Herbert, Beate; Schulze, Falk; Sering, Matthias: SR 2524 - Anforderungen an die Gestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Auswahlverfahren. Konzept zur Ausgestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung. Abschlussbericht Teil A und Teil B, Darmstadt, 10.08.2007
- /Öko-Institut 2007b/ Kallenbach-Herbert, Beate; Brohmann, Bettina: „OBRA D1.1. Descriptive overview of governance models“ für die Europäische Kommission, 12.02.2007
- /Öko-Institut 2007c/ Kallenbach-Herbert, Beate; Minhans, Anne: „Anforderungen an die Gestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Auswahlverfahren – AS 2.1: Aktualisierte Auswertung der Arbeitsergebnisse von COWAM und FSC“, Darmstadt, 20.07.2007
- /Öko-Institut 2007d/ Barth, Regine; Brohmann, Bettina; Kallenbach-Herbert, Beate, Spieth-Achtnich, Angelika: SR 2593 - Anforderungen an die Gestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Endlager-Auswahlverfahren – Gestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Nachgang eines Endlager-Auswahlverfahrens. Endbericht: Eckpunkte eines regionalen Begleitprozesses zum Endlager Konrad, Darmstadt, 06.12.2007

- /Öko-Institut 2009/ Neles, Julia; Kallenbach-Herbert, Beate: „SR 3218 Untersuchungen und Umfragen zum Umgang mit Betroffenen zur Schaffung von Vertrauen und Erhöhung von Akzeptanz an einem bestehenden Endlagerprojekt und im Zuge des Einengungsprozesses im Rahmen eines Standortauswahlverfahrens – AS 1.3 Aufarbeitung des Standes von Wissenschaft und Technik“, Darmstadt, 14.12.2009
- /Öko-Institut 2010/ Brohmann, Bettina; Hünecke, Katja, Kallenbach-Herbert, Beate; Neles, Julis: „SR 3218 Untersuchungen und Umfragen zum Umgang mit Betroffenen in Regionen mit endlagerbezogenen Aktivitäten in Deutschland – AS 2.1: Auswertung der Stakeholderbefragung in den Regionen Asse, Gorleben, Morsleben und Salzgitter“, Darmstadt, 07.09.2010
- /Öko-Institut 2011a/ Brohmann, Bettina; Hünecke, Katja, Kallenbach-Herbert, Beate; Neles, Julis: „SR 3218 Untersuchungen und Umfragen zum Umgang mit Betroffenen in Regionen mit endlagerbezogenen Aktivitäten in Deutschland – AS 2.1 Sachstandsbericht zur Befragungsstufe 2 – Befragungen der regionalen Öffentlichkeit“, Darmstadt, 20.05.2011
- /Öko-Institut 2011b/ Neles, Julia; Kallenbach-Herbert, Beate; Minhans, Anne; Brohmann, Bettina: „SR 3218 Untersuchungen und Umfragen zum Umgang mit Betroffenen in Regionen mit endlagerbezogenen Aktivitäten in Deutschland – AS 2.2: Auswertung von Erfahrungen / Fallbeispiele“, Darmstadt, 23.05.2011
- /Öko-Institut 2011c/ Neles, Julia; Kallenbach-Herbert, Beate: „SR 3218 Untersuchungen und Umfragen zum Umgang mit Betroffenen z in Regionen mit endlagerbezogenen Aktivitäten in Deutschland – AS 1.3 Fortschreibung des Standes von Wissenschaft und Technik“, Darmstadt 06.06.2011
- /Öko-Institut 2011d/ Kallenbach-Herbert, Beate; Minhans, Anne; Neles, Julia: „UM09A03203 Evaluation des Beteiligungsprozesses im Verfahren zur Stilllegung der Schachtanlage Asse II - Abschlussbericht zum 28.02.2011“, Darmstadt, 31.03.2011
- /Schaufenster 2011/ Schaufenster: Unionspolitiker beraten über ASSE-Fonds, 06.04.2011
- /Schenkel 2009/ Schenkel, Walter; Gallego Carrera, D.; Renn, O.; Dreyer, M.: „Sachplan geologische Tiefenlager - Forschungsprojekt „Kommunikation mit der Gesellschaft“: Wissenschaftlicher Schlussbericht“, für das Bundesamt für Energie BFE, Bern, 29.06.2009
- /Rütter 2006/ Rütter, Heinz; Rütter-Fischenbacher, Ursula; Umbach-Daniel, Anja; Berwert, Adrian: Nukleare Entsorgung in der Schweiz. Untersuchung der sozio-ökonomischen Auswirkungen von Entsorgungsanlagen. Band I – Zusammenfassung und wichtige Erkenntnisse. Im Auftrag des Bundesamtes für Energie, Rüşchlikon, Lausanne, Mai 2006